

Europa
der
Völker

„Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen,
denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst
aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen
Schwergewicht Deutschlands und seiner geografischen Lage.“¹
NS-Ober-Europäer Werner Daitz, 1940

VÖLKISCHER WAHN IN KATALAN

Exkurs zur deutschen völkischen Destabilisierungspolitik in Europa

Stand 11. Oktober 2017, von Emil Neubauer

Einleitend

A. Deutschlands Rolle bei der Zerschlagung Jugoslawiens – Zwischenresultat 2014	S. 3
B. Aktualität des Separatismus im Kern der EU und Deutschlands Rolle hierin	S. 8
C. Nationalökonomie und Separatismus	S. 15
D. Über protoseparatistische Eigendünkel deutscher Provinzen	S. 17
E. Deutschlands Destabilisierungspolitik als Risiko seiner Weltmachtträume	S. 19
F. Über Nationalismus vs. Völkische Ideologie	S. 22

Einleitend

Die inszenierte Empörung/Entrüstung angesichts der unerwartet scharfen Eskalation der Sezessionsbestrebungen katalanischer Separatisten zu einem veritablen Bürgerkriegsszenario kann nur als politische Demenz einer postmodernen naiven Spielbeingeneration gefasst werden. In welcher lebensphilosophischen Scheinwelt muss man in Barcelona leben, zu glauben, die Machtpolitik eines Staatsapparats, dessen jahrhundertelange repressive Vergangenheit zuletzt noch der baskischen militanten Separatistenbewegung gnadenlos den Garaus machte, würde den überheblichen² republik- und pazifistisch-phrasendreschenden Katalanen die Sezession per selbstgestricktem Urnengang zugestehen? Immerhin besteht mit der abenteuernden politischen Amateurriege der Referendum-Separatisten 2017 zugleich die Gefahr des Absturzes Spaniens und Kataloniens selbst in ihrer Machtstellung im EU- & Weltmarktgefüge. Dass die Minderheit von faktisch einem Drittel der wahlberechtigten Katalanen einer durch und durch korrupten Region, die auf ihr selbstsuggeriertes Recht auf völkische Selbstbestimmung pocht, sich dieses verfassungswidrig per irregulärer Wahlfarce zurecht biegt, stört den edelmütigen Täter nicht, der sich als völkisches Opfer des ebenso korrupten Zentralstaats stilisiert. Nur ahnungslose Menschenkinder können nicht begreifen, dass kein Nationalstaat seine Machtstellung auf dem Weltmarkt durch Sezession einer Teilrepublik verlieren will, sondern alle, notfalls auch militärischen Mittel einsetzen wird, dies zu verhindern.

Welchen Zickzackkurs und Vorwärts-Rückwärtsschritte, Pattsituationen und temporären Autonomieerweiterungen auch immer zwischen Madrid und Barcelona unter Androhung von Zwangsverwaltung, Gewaltmitteln und ökonomischen Druckmitteln vereinbart werden, tragend sind sie alle nicht. Das Referendum und Madrids Eingreifen am 1. Oktober 2017 war gleichbedeutend mit dem Vollzug einer endgültigen Ruptur. Die Abspaltung der katalanischen Minderheit von Spanien ist irreversibel. Wann und unter welchen Bedingungen die staatliche Unabhängigkeit Kataloniens vollzogen wird, ob mit oder ohne Bürgerkrieg, wird die Zukunft

¹ Daitz, Werner (1940): Denkschrift betreffend der Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft.

² Das geschichtliche Selbstverständnis der verlinkten Homepage strotzt z.B. geradezu von sich implizit vom Rest Spaniens absetzenden Besonderheiten Kataloniens. <http://www.espumademar.de/historiacatalunya.html>.

zeigen.

Die langwierige Verlaufsform der katalanischen Sezession erinnert fatal an die naive psychopathologische Selbstgerechtigkeit im Vorlauf und das nachträgliche erschreckte Gejaule der Einwohner des ehemaligen Jugoslawiens über den höllischen Bürgerkrieg, in den die völkischen Separatisten die BR Jugoslawien von 1990 bis 1995/99 trieben. Vorläufig war dort das 10 jährige nationalistische Aufschaukeln sämtlicher jugoslawischer Teilrepubliken und die dann abrupt vollzogene kleinkarierte einseitige Erklärung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens.

Beide Bürgerkriegs-/Sezessionsszenarien sind (wie die Ukraine, Syrien, Türkei, Irak, Iran, Afghanistan, Libyen, Mali, Nigeria, Südsudan ...) aktuelle zeitgeschichtliche Belege und Mahnungen zugleich, wie erschreckend nahe die Furien stammesbewusstseinsmäßiger Regression in Krisenzeiten unter dem dünnen Firnis der ach so postmodern hippen bürgerlichen Zivilisation toben. Sie lauern in vielen europäischen Nationalstaaten, getrieben von neiderfüllten Minderwertigkeitsreflexen, wartend auf die Gelegenheit des Loslassens aller Höllenhunde völkisch-regionaler Wohlstands-Separatismen.

Erinnert sei unser dementes politische Gedächtnis daran, dass Deutschland zusammen mit Österreich und dem Vatikan gegen den erklärten Willen aller involvierten anderen Big Player ohne Not zu Weihnachten 1991 die einseitig vollzogene Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens als Staaten anerkannten. Deutschland protegierte somit den separatistischen Präzedenzfall nach 1989 in Europa. Protektor sämtlicher ethnisch-nationalistischen Bewegungen – nicht nur – des Balkans, sondern ganz Europas war Deutschland längst zuvor. Es taumelte nach 1989 verstärkt in die seit der Reichsgründung perpetuierte Praxis der Destabilisierung anderer Nationalstaaten durch völkische Stimulierung dortiger ethnischer „Sprach“-Minderheiten. Wie wirkmächtig die deutsche völkische Blut-und-Boden-Ideologie gegenwärtig noch repräsentiert wird und personifiziert ist – dazu brauchte es keine AfD – sei mit der Denkweise zweier Koryphäen des Politbetriebes belegt:

„Der Chef des deutschen Generalstabs hat sich 1993 eine Blöße gegeben, die über den ideologischen Standort der Bundeswehrführung mehr verrät, als dem Verteidigungsminister lieb sein kann. Endlich erlebe man das Ende einer Zeit, frohlockte er vor Generalstabsoffizieren, die nicht 1945 oder 1917 begonnen habe, sondern: 'Zu Ende geht eine Periode, die in der Französischen Revolution 1789 ihren Anfang hatte. ... Sie geht zu Ende, weil Ideologien, die nur leben können, wo sie mit der Mischung von Lüge und Wahrheit arbeiten können, in einer durch moderne Kommunikation vernetzten Welt keinen Platz mehr haben.'“³

Im Klartext hieß das: Wir Doitschen pfeifen auf die Konzeption des modernen Nationalstaats, die Zeit ist reif für völkische Kleinstaaterei entsprechend unserer Diktion – selbstverständlich mit der Ausnahme Großdeutschlands (von der Etsch bis an die Memel?).

Der deutsch-nationale Obereuropäer Schäuble sprach es gleich völkisch aus: „Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk.“⁴

Hier wurde die Kontinuität der vorbürgerlichen, völkischen deutschen Identität von oben postmodern affirmiert. Deutschland ist als Kulturnation vermeintlich eben überall da, wo Deutsch gesprochen wird – und Herr Kauder verkündete ja fast 20 Jahre später, wo dies inzwischen der Fall ist: endlich in ganz Europa. Die revolutionäre Errichtung des französischen bürgerlichen Nationalstaates ist den Deutschen fremd, gar unheimlich und wird als „Idee“ verhöhnt. Deutsche können sich wohl – Stumpf ist Trumpf – nur in der völkisch gegliederten Reichsidee wohlfühlen. Nationalstaatliche Kernelemente „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit“ – unabhängig von ethnischer und religiöser Zugehörigkeit – sind seit jeher jedem Reaktionär ein Gräuel und kaum nach schwäbischem Geschmäckle, da das völkische deutsche Menschenbild die Ungleichheit des

3 Küntzel, Matthias (1993): Moltkes Rückkehr. Über die Rolle von Generalinspekteur Klaus Naumann bei der Neuformierung der Bundeswehr. In: konkret 8/93. <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/moltkes-rueckkehr>

4 Ebd.

obrigkeitsstaatlichen Führerkults einer homogen suggerierten Volksgemeinschaft zur Voraussetzung hat. Eine kinderlose Mutti fürs ganze Volk kommt zur Not eine Zeit lang offensichtlich auch gut an – es sei denn, sie flutet das christliche Abendland mit allen islamischen arabischen Volksstämmen.

Die deutsche Stimulation des *Teile-und-Herrschens* in Jugoslawien schuf insbesondere im militärisch-gewaltsamen Herausbrechen des Kosovo aus der BRJ einen sezessionistischen Präzedenzfall, auf den sich alle Separatisten berufen. Die in diesem Kontext durchgesetzte deutsche völkische Phrase des „Menschen-/Minderheitenrechts geht notfalls vor Völkerrecht“ ist das Fallbeil zur Zerstörung aller großen, ethnisch-inhomogenen Nationalstaaten.

Was Spanien betrifft: Die zentrifugalen politisch-ökonomischen Kräfte in Spanien dynamisierten sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise bei der Implosion des spekulativ völlig überdehnten Immobiliensektors. Die sozialen Widersprüche vertieften sich zusätzlich extrem durch die deutschen EU-Austeritätsdiktate. Diese Konstellation wurde zum idealen Nährboden für die Zunahme und Entschlossenheit der katalanischen Separatistenbewegung.⁵ Im Grunde die typische Zuspitzung des jahrzehntelangen Streit aller Wohlstands-Wirtschafts-Separatismen um die nationale Steuerverteilung – in Spanien sagt man den Katalanen nach, sie umwickelten ihr Portemonnaie mit Stacheldraht.

Deutschlands destabilisierende Wühlarbeit hat mit seiner Minoritätenpolitik unter dem gefakten Schlagwort „Menschenrechte geht vor Völkerrecht“ im Laufe von Jahrzehnten den Bogen überspannt. Nun zieht die greifbare Gefahr des Zerfalls der EU herauf und damit des Endes der Illusionen der deutschen Weltmachtambitionen. Der Zusammenhang sei in dem 2014 geschriebenen nachstehenden Kapitel 27 zur Kritik der deutschen Großmachtpolitik aufgezeigt. Es wurde seither mehrmals aktualisiert, ohne seine Generallinie sowie die chronologische zeitgeschichtliche Abfolge zu ändern.

Exkurs zur deutschen völkischen Destabilisierungspolitik in Europa

A. Deutschlands Rolle bei der Zerschlagung Jugoslawiens – mit Zwischenresultat 2014

Berlin nutzte nach 1990 jede günstige Gelegenheit, Jugoslawiens Destabilisierung zu beschleunigen und es unter Ausnutzen der gewaltigen inneren zentrifugalen Widersprüche zwecks *Teile und Herrsche* nach bewährter Destabilisierungsmanier zu zerlegen.

Der schon mehrfach angesprochene unmittelbare geopolitische Dreh- und Angelpunkt ist dabei, dass aus deutscher Großraumwirtschafts-Perspektive betrachtet, Serbien seit 1840 als der *Balkan-Riegel* bezüglich der Donau-Anrainerstaaten sowie zur Türkei und dem sogenannten Nahen Osten gesehen wurde – und bis zum jetzigen Zeitpunkt wird. Und faktisch widersetzte sich Serbien den deutschen Vorherrschaftsbestrebungen auf dem Balkan diese gesamten Zeitepochen.

Serbischer Riegel war die Sprachwendung des schon erwähnten Friedrich List vor 1850. Seinerzeit stand er für die mit antislawischer Stoßrichtung gefüllte Ideologie der Errichtung einer Großraumwirtschaft mit Südosteuropa als natürlichem „deutschem Hinterland“. Dem folgten sich zeitgerecht modifizierende aggressive deutsche Vorherrschaftspläne: die Paulskirchendebatte über ein mitteleuropäisches Reich, erste „Mitteleuropa-Initiativen“, der Kampf gegen die Konstituierung eines souveränen Jugoslawiens, nach 1870 die wirtschaftliche Unterwerfung Südosteuropas, nach 1900 dessen „friedliche wirtschaftliche Durchdringung“, das taktische Lavieren zu Österreichs Gunsten in den Balkankriegen 1912-13, der Septemberplan 1914 Bethmann Hollwegs, 1915 Friedrich Naumanns „Mitteleuropa-Plan“, wiederum modifiziert nach 1918 bis 1945, insbesondere durch die Beherrschungskonzepte des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags.⁶

Inzwischen ist die Südosteuropapolitik Deutschlands schon entscheidende Schritte weiter in den

⁵ Newsletter 02.10.2017 - Austerität und Sezession - Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59687>.

⁶ Vgl.: Thörner, Klaus (2008): „Der ganze Südosten ist unser Hinterland“. Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945. ça ira, Freiburg. Zum daran geographisch anschließenden Mitteleuropa, siehe Elvert, Jürgen (1999): Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945). F. Steiner, Stuttgart.

EU-Großraumplanungen des Donaupraums⁷. Nebenbei erwähnt: Bayern ist durch den – der Weitsicht des seligen Franz-Josef Strauß geschuldeten – Rhein-Main-Donaukanal das logistische deutsche Tor für Massengüter in die und aus den Donauländern. Übrigens: Über die immensen Zerstörungen ökologisch einmaliger Biotope beim gegenwärtigen Ausbau der unteren Donau zu einer Wasserstraße für Lastschiffe der Euronorm hört und sieht man im Land des Ökofetischismus nichts.

Die Erlangung der deutschen Vorherrschaft in ganz Südosteuropa war das übergreifende Moment der sukzessiven Zerlegung Jugoslawien als dem instabilsten Staatsgebilde des Balkans um 1990. Situationsgerecht protegierte Deutschland die Sezession der am weitesten entwickelten Teilrepubliken Slowenien und Kroatien als Totengräber der BRJ. Das deutsche Eingreifen in den Bosnienkrieg war der erste ernsthafte Praxistest der Bundeswehr. Das Herausbomben des Kosovo aus dem souveränen Nationalstaat BR Jugoslawien 1999 war der erste vom Boden der BRD ausgehende Krieg. Die Anerkennung der Teilrepublik Kosovo als „souveräner“ Staat 2008 war neben der Ukraine-Krise 2014 Höhepunkt der bisherigen deutschen völkischen Destabilisierungspolitik nach 1990.

Die BRD knüpfte bei der Loslösung des Kosovo übrigens an die deutsche Tradition beim Frieden von Brest Litowsk 1918 an. Es handelte sich um einen Gewaltfrieden, den der Sieger diktiert hat. Es war ein direkter Angriff auf das internationale Völkerrecht, dessen Achtung der territorialen Integrität von Staaten durch das deutsche völkische Separierungs-Prinzip militärischer Protektoratsbildung ersetzt wurde. Linien der Kontinuität der deutschen Auffassungen einer Großraumwirtschafts-Neuordnung Europas von 1920 bis 1945, welche sich nicht auf einen Staatenbund von Nationalstaaten beziehen, sondern auf eine Reichskonzeption von „Völkern“ unter großdeutscher Vorherrschaft, sind unverkennbar⁸. Hiermit sind die Kontinuitätslinien der deutschen Volkstumspolitik untrennbar verbunden.

⁷ Belegmaterial bis 1945: Sachse, Carola (Hrsg.) (2009): „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege. Wallstein, Göttingen. Aktuelle „Expertisen“: Europäische Strategie für den Donaupraum. Die Donaupraumstrategie im Kontext europäischer Politik. Bericht von der Donau-Konferenz der Südosteuropa Gesellschaft (SOG) 7.-8. Juni 2011, Ingolstadt. In Kooperation mit: Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller; Bericht: Martin Beischl, Johanna Deimel, Christian Hagemann, Mirela Isic, Edvin Pezo, Helga Schubert, Johannes Urban; Redaktion: Johanna Deimel. http://www.sogde.org/pdf_2011/donau/bericht_donaukonferenz.pdf.

Endlich können die deutschen Großraumwirtschafts-Planer den Balkan als deutsches Hinterland unter dem Etikett „EU“ umbauen. Finanziert wird die *Südosteuropa-Gesellschaft* vom Außenministerium. Die SOG ist dementsprechend personell sehr gut aufgestellt. In Kapitel 33.3. werden die Vorstellungen einer deutschen Großraumpolitik für die MOE-Staaten skizziert. Demnach gibt es zwei östliche politische Subräume der EU samt ihrer „Nachbarschaftspolitik“ gen Osten. Es handelt sich um den „Ostseeraum“ sowie den per Wasserscheide(!) geographisch abgegrenzten „Donaupraum“.

Übrigens musste die SOG 2012 ad hoc notgedrungen den Namensgeber „Rudolf Vogel“ ihrer seit mehr als 20 Jahre jährlich verliehenen „Verdienstmedaille“ versenken. Sie benannte sie um in: „Journalistenpreis der Südosteuropa-Gesellschaft“. Das tiefbraune Vögelchen passte nicht mehr in die deutsche politische Weichspüllandschaft. Einst als ein großer Nazi-Propagandist im Raum Südosteuropa zum Namensgeber erkoren, mutierte er nun zum Nestbeschmutzer. Siehe: Martens, Michael (2013): Kein Nazi-Preis mehr. www.faz.net 09.02.2013. Die Causa Vogel brachte der SOG die überall zu beobachtende zeitgerechte „kritische“ Reinwaschungswende als Form deutscher „Vergangenheitsbewältigung“: Aktuell zur Geschichte der Südosteuropa-Gesellschaft. Beiträge zum Internationalen Symposium „Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten“. München, 16./17. Dezember 2013. Die „Aufarbeitung“ der Geschichte der SOG ist zu verfolgen auf: <http://www.sogde.org/>.

⁸ Sandkühler, Thomas (2012): Europa und der Nationalsozialismus. Ideologie, Währungspolitik, Massengewalt. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 9 (2012), H. 3, insbesondere 1-3. Wer es wirklich genauer wissen will, findet dort eine Fülle von Hinweisen auf historische Detailstudien über Fragen der Kontinuität der deutschen Konzepte zur Integration Europas in der Zwischenkriegszeit und ihres Wandels nach Frankreichs Niederlage 1940 sowie nach Stalingrad 1941. In Teil II der vorliegenden Arbeit wird vor allem auf die wirtschafts- und währungspolitischen Kontinuitätsstränge eingegangen.

Mit den „Menschen- und Minderheitenrechten“ und dem vorgeblichen „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ auf den Lippen wurde im Kosovo ein über die bloße Anerkennung Kroatiens und Sloweniens weit hinausreichender gefährlicher Präzedenzfall zur Zerlegung bestehender Nationalstaaten mit den Mitteln eines militärischen Angriffs geschaffen. Putin konnte daher bezüglich der schon 1993 von Georgien losgelösten Republik Abchasien und des sich 1990 eigenmächtig als Republik konstituierten Südossetiens hämisch auf das Agieren des „Westens“ bei der Sezession des Kosovo verweisen, als Russland und vier seiner „befreundeten“ Länder nach dem von Georgien angezettelten und verlorenen Kaukasuskrieg 2008 Abchasien und Südossetiens Unabhängigkeit als „Staaten“ anerkannte. Und Putin konnte erst recht 2014 beim Anschluss der Krim süffisant auf den Präzedenzfall Kosovo hinweisen. Dass Deutschland in diesen Fällen plötzlich auf das „Völkerrecht“ und die „Integrität der Nationalstaaten“ pochte, gehört zur scheinheiligen geostrategisch bestimmten deutschen Expansionspolitik im Ostraum.

Die 1990er Dekade belegt mit der deutschen Rolle bei der Zerstörung Jugoslawiens den politischen Willen Deutschlands, die Sezession von Teilrepubliken bestehender Nationalstaaten auf der ideologischen Grundlage eines selbst propagierten *völkischen* Selbstbestimmungsrechts⁹ jederzeit zu stimulieren. Jugoslawien war der *Prolog eines offiziellen Rückfalls in die regressive deutsche völkische Destabilisierungs-Politik in Europa bis 1945*.

In ganz Europa und insbesondere auf EU-Ebene setzt die BRD als Hauptfinanzier die Minoritäten-Organisation *Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)* – neuerdings unter dem Firmenschild FUEN, N steht für Nationalitäten – beispielhaft als sezessionistisches Wühlinstrument ein. Deutschland gibt sich dabei unschuldig als der generöse selbstlose, ehrliche „Anwalt“ der „Menschenrechte“ und „Minderheiten“. Jede deutsche Regierung kann bei der verständnisvollen Protektion des Freiheitsgetues der Regionen als eigenständiges, kämpfendes Völkchen auf die emphatische Zustimmung seines sozialromantischen, ökologisch-pazifistischen Michels setzen.

Nur maßlose völkische Zyniker können in der Zerschlagung Jugoslawiens „Fortschritt“ und „Freiheit“ sehen – wie der in Kapitel 22 herangezogene FAZ Beitrag zur zwanzigjährigen Sezession Kroatiens. Dort kam die Geschichtsverdrehung des temporären EU-Siegers zum Zuge: Demnach trug Deutschland keineswegs die Verantwortung für den Zerfall Jugoslawiens – wie von unkundigen „Linken“ boshaft in die Welt gesetzt – sondern vielmehr erfolgte nach der Meinung des FAZ-Autors die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit der Teilrepubliken viel zu spät.

Die Realität in den Zwergstaaten des Westbalkans ist bis heute äußerst desolat – ohne Hoffnung auf eine Wende. Dem widerspricht nicht die Tatsache, dass die völkischen Separatisten der jugoslawischen Teilrepubliken schwärmerisches Lob an ihren teutonischen Protektor verteilen und die ganz Alten mit glänzenden Augen von Papa Hitler erzählen, der ihrem „Volk“ zur Freiheit verhalf. Nach Titos Tod und dem Ende der Zurückhaltung des serbischen Nationalchauvinismus brachen die alten völkischen Kontinuitätslinien – korrelierend und bedingt durch ein Nord-Süd-Gefälle ungleichmäßiger ökonomischer Entwicklung – in fratzengleicher Manier auf, denen selbst zuvor eingefleischte Verfechter der Einheit der Bundesrepublik Jugoslawien erlagen. Selbst der regierungseigene Think Tank SWP vermochte 2014, trotz aller Versuche der Personifizierung der Übel, die Lage auf dem Balkan nicht schönzureden. Dieses regierungsnahe Eingeständnis des umfassenden Scheiterns der deutschen EU-Westbalkanpolitik bis 2014 sei daher ausführlich zitiert:

⁹ Zur Kontinuitätslinie der deutschen Destabilisierungspolitik in Europa, vgl.: Goldendach, Walter v./Minow, Hans-Rüdiger (1999): Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas. Das Freie Buch, München. German-Foreign-Policy ordnet das Buch in ihrem historischen Archiv unter der Abteilung *Neuordnung Europas* wie folgt ein: „Die subversive deutsche Außenpolitik finanziert seit spätestens 1925 Minderheiten in Ost- und Westeuropa, um den Kontinent ‚ethnisch neu zu ordnen‘. Unter Anleitung des Auswärtigen Amtes werden u.a. vom ‚Europäischen Nationalitätenkongress‘ Forderungskataloge entworfen, an deren Beginn das Verlangen nach ‚kultureller Autonomie‘ steht, um mit separatistischen Losungen zu enden. Das von den Nationalsozialisten weitergeführte Programm benutzte Minderheiten zur systematischen Destabilisierung ihrer Heimatstaaten.“ <http://www.german-foreign-policy.com/de/hist-archiv/dne/>.

„Der bosnische Aufschrei

Ein Gespenst geht um im Westbalkan – das Gespenst eines Volksaufstands gegen die Armut, gegen die zum Raubzug entartete Privatisierung der Wirtschaft und die Herrschaft der unersättlichen Parteibonzen. Die Regierenden im Westbalkan befürchten, dass die Welle der Unruhen aus Teilen Bosnien-Herzegowinas auf ihre Herrschaftsgebiete überschwappen könnte. Die Proteste sind vor allem ein Aufschrei, der die existenzielle Angst vieler Menschen ausdrückt. Ähnliche Gefühle bedrücken nicht nur die Bosniaken, sondern den größten Teil der Menschen in Südosteuropa. Denn die sozioökonomische Trostlosigkeit, die Korruption und die schlechte Regierungsführung unterscheiden sich nicht wesentlich in Bosnien, Kroatien, Serbien, Makedonien oder anderswo im ehemaligen Jugoslawien. So liegt die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen fast überall bei über 50 Prozent, der private Konsum nimmt seit vielen Jahren ab, die seit einem Vierteljahrhundert andauernde Deindustrialisierung konnte nicht aufgehalten werden.

Die Weltbank zählt Bosnien-Herzegowina zu den am ‚am wenigsten wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften in der Region zwischen Europa und Zentralasien‘. Zu den gewichtigsten Hemmnissen gehören die ungeheure staatliche Bürokratie (in den zehn Kantonen gibt es etwa 150 Ministerien) sowie ein unterentwickeltes und fragmentiertes Rechtssystem. Der Binnenmarkt ist klein, so dass die Wirtschaft auf Exporte angewiesen wäre – aber die einheimischen Unternehmen passen sich kaum an EU-Vorschriften und -Marktbedingungen an. Die Weltbank warnt ferner vor ‚erheblichen‘ wachstumshemmenden Auswirkungen der Krise in der Eurozone auf Bosnien-Herzegowina und die anderen Staaten der EU-Peripherie. Das bosnische Bruttosozialprodukt (BSP) wuchs im Vorjahr lediglich um 0,5 Prozent. Etwa 40 Prozent der Beschäftigten erklären, dass sie weniger verdienen als früher, und die Hälfte der Bevölkerung erhält weniger Überweisungen von im Ausland lebenden Verwandten. So schreitet die Verarmung voran: Jeder zehnte Bewohner des Landes gilt als arm und verfügt damit über weniger als 5 US Dollar Kaufkraft täglich. Zahlreiche privatisierte Unternehmen sind pleite gegangen, die Beschäftigten entlassen und die billig erworbenen Gebäude und Flächen gewinnbringend abgestoßen worden. Wer ungestört Business betreiben möchte, muss regelmäßige Zahlungen an Parteikassen und Amtsträger leisten. Ganze vier Prozent des BSP – mehr als in allen anderen Transitionsländern – wird für Sozialleistungen, insbesondere an die Kriegsveteranen, verwendet, so dass dem Staat wenig für öffentliche Investitionen bleibt. Der Internationale Währungsfonds drängt deshalb auf staatliche Sparmaßnahmen, fordert eine Rentenreform und mahnt eine bessere Kontrolle der Gehälter im öffentlichen Dienst an. Weil sich niemand in Bosnien-Herzegowina traut, die Veteranenrenten zu kürzen, wird die Last der Sparmaßnahmen letztlich von der breiten Bevölkerung getragen werden müssen.

Trotz nationalistischer Manipulationspraktiken könnten die Demonstranten Gehör finden

Im jüngsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission wird darauf verwiesen, dass die Politiker in Bosnien-Herzegowina keine gemeinsame Vorstellung von der Entwicklung des Landes hätten: ‚Kurzzeitige parteipolitische oder ethnische Interessen haben die Oberhand über eine zukunftsorientierte Politik der Verankerung Bosnien-Herzegowinas in der EU behalten‘. Diese Einschätzung wurde durch die Reaktionen der Politiker auf die Unruhen bestätigt. Bosniakische bzw. muslimische Politiker sahen sofort einen verdeckten Plan: Das Ziel sei die Herstellung eines dritten, kroatischen, Teils des Staates als Vorlauf für die Zerstörung Bosnien-Herzegowinas. Kroatische Vertreter meinten die Gefahr erkannt zu haben, dass aus der muslimisch-kroatischen Föderation ein unitäres Gebilde zum Schaden ihrer Ethnie entstehen könne. Serbische Repräsentanten drohten, dass sie keine ‚Ausfuhr‘ der Proteste in ‚ihren‘ Teil des Staates, die Republika Srpska, dulden würden. Der Aufstand habe im Übrigen nochmals bewiesen, dass es mit dem Staat Bosnien-Herzegowina nicht mehr lange gutgehen wird. Auch in den benachbarten Ländern Kroatien, Serbien und Montenegro grassierten sofort zahlreiche Verschwörungstheorien. Besondere Beliebtheit genießt die Darstellung, wonach die westlichen Mächte nach dem Schema der ‚Farbrevolutionen in der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten‘ oder des ‚arabischen Frühlings‘ jetzt auch in Südosteuropa Unruhe stifteten. In Bosnien-Herzegowina verfolgten sie das

Ziel, die aus dem Daytoner Friedensabkommen von 1995 hervorgegangene Machtteilung zwischen den Ethnien abzuschaffen. Stattdessen solle ein zentralisierter Staat mit irrelevanten politischen Gestalten an der Spitze geschaffen werden, denen es nur um persönliche, ‚anationale‘ Interessen ginge. Später kämen die anderen Staaten der Region dran.

Trotz der Unruhen drohe kein ‚Volkstsunami‘, wie der Sicherheitsminister in Sarajewo sich ausdrückte, der nebenbei auch Medienmagnat und Wirtschaftstycoon ist. Tatsächlich ist es denkbar, dass der Aufschrei verhallt, da die eingeübten nationalistischen Manipulationspraktiken der Politiker wenig an Wirksamkeit verloren haben. Einen positiven Effekt aber haben die Unruhen immerhin: die politischen Eliten, überall in der Region, sind in die Defensive geraten. Schon jetzt sind unter dem Druck der Demonstrationen etliche Amtsträger in Bosnien-Herzegowina zurückgetreten. So entsteht mehr Raum für neue soziale Bewegungen. Neue politische Gesichter haben die Chance, sich zu profilieren. Vielleicht wird es den aufgebrachten Demonstranten letztlich doch gelingen, die Hegemonie des Nationalismus ein wenig aufzubrechen und dafür zu sorgen, dass sozialpolitische Forderungen im gesamten Westbalkan Gehör finden.

Die EU und ihre Schlüsselstaaten stehen vor einem Scherbenhaufen: Zwei Jahrzehnte Staatsaufbau in Bosnien-Herzegowina haben offenbar nicht das gewünschte Ergebnis gebracht. Es wäre jedoch ein schlimmer Fehler, wenn der Westen jetzt die Lösung in der erneuten politischen ‚Okkupation‘ des Landes suchen würde, indem der seit langem in Sarajewo politisch dahinvegetierende Hohe UN-Repräsentant (oder ein neuer EU-Gesandter), wie nach dem Kriegsende, versuchen würde, erneut alle Macht an sich zu ziehen. Stattdessen sollten EU und NATO bereitstehen, die lokalen Behörden bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung materiell und logistisch zu unterstützen. Die politischen Auseinandersetzungen aber sollten soweit wie möglich ohne ausländische Beeinflussung stattfinden. Im Oktober 2014 sind in Bosnien-Herzegowina Wahlen auf allen politischen Vertretungsebenen - von den Gemeinden bis zum Staatspräsidium - angesetzt. Der Demokratie und der Selbstbestimmung in diesem Land muss eine Chance gegeben werden.“¹⁰

Dieses desaströse Resultat der deutschen Balkanpolitik befürchteten die westlichen „Freunde“ und Russland 1990, als sie Deutschland politische Unverantwortlichkeit wegen des Alleingangs bei der Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens vorwarfen. Denn ein Konzept, wie es nach den Staatsgründungen weiter gehen sollte, gab es keines. Der Vorwurf war richtig und zugleich äußerst fadenscheinige Propaganda. Denn dieser Vorwurf gilt zurecht für fast sämtliche imperialistische Interventionen der Neuzeit, da sie als Stellvertreterkriege verbrannte Erde und Failed States hinterlassen, statt gesellschaftlichen Fortschritt und stabile Nationenbildung von außen induzieren zu können. Selbstverständlich kommt dieser Vorwurf im imperialistischen Kampf um Einflussphären von jener Seite, die den Status quo als für sich selbst vorteilhaft erhalten will. Deutschland hat es in seiner üblichen Manier der Opfer-Täter-Verschiebung geschickt verstanden, seine Jugoslawienpolitik als ehrlich und vernünftig zu verkaufen¹¹ – was dem Vaterland vom deutschen Michel auch sehr gerne abgekauft wird.

Auf Grund der Bürgerkriege und der desolaten sozio-ökonomischen Entwicklung blieb vielen Südosteuropäern nichts anderes übrig, als nach 1990 als Flüchtlinge und Arbeitsemigranten einen Weg nach Germany und anderen scheinbaren Wohlstandsinseln zu suchen – 2015 z.B. verstärkt aus dem Kosovo. Deutschlands Vorherrschaft auf dem Balkan zeigte 2014 im Zuge der Ukraine-Krise beispielhaft ihre widerliche Fratze. Selbst die für Deutschlands und EU Verhältnisse lächerlichen

¹⁰ Reljic, Dušan (2014): Der bosnische Aufschrei. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S09_kmp_ovs.pdf#page=11. Berlin, 12.02.2014. Der Text ist auch bei EurActiv.de und Zeit.de erschienen. Siehe auch: Reljic, Dušan (2013): EU-Erweiterungspolitik im Westbalkan: Missliche Zeiten für schwierige Kandidaten. In: Kempin, Ronja/Overhaus, Marco (2013): EU-Außenpolitik in Zeiten der Finanz- und Schuldenkrise. SWP-Studien 2013/S 09, April 2013, S. 11-19.

¹¹ Die üble, einseitige deutsch/österreichische Propaganda gegen Serbien wird hervorragend entlarvt in den Berichten des Metallwaren-Handlungsreisenden: Köpruner, Kurt (2001): Reisen in das Land der Kriege. Erlebnisse eines Fremden in Jugoslawien. Gebundene Ausgabe - 1. Februar 2003, Espresso, Berlin.

Einnahmen Serbiens im Agrarhandel mit Russland veranlassten Berlin, Belgrad aus Gründen des geopolitischen „Europa mit einer Stimme“ zurück zu pfeifen.

„Newsletter vom 28.08.2014 - Die Hegemonie über Südosteuropa

BERLIN/BELGRAD (Eigener Bericht) - Streit um die Russland-Sanktionen und Vorwürfe gegen den Bundesnachrichtendienst (BND) überschatten die heutige ‚Westbalkan-Konferenz‘ in Berlin. Serbien, ein Teilnehmer der Konferenz, hat erklärt, sich den Sanktionen der EU nicht anschließen zu wollen; seine Firmen sind daher nicht von den russischen Gegenmaßnahmen betroffen und springen nun als Ersatzlieferanten für Agrarprodukte ein, deren Einfuhr aus der EU Moskau gestoppt hat. Die Bundesregierung will das unterbinden. Sie hat ihrerseits nun einräumen müssen, dass der BND Albanien bereits seit Jahren systematisch ausspioniert. Albanien, ebenfalls ein Teilnehmer der heutigen Veranstaltung, ist mit Deutschland in der NATO verbündet. Berlin hat die ‚Westbalkan-Konferenz‘ anberaumt, um seine in den 1990er Jahren erkämpfte Hegemonie über Südosteuropa gegen wachsende Einflüsse anderer Staaten abzusichern. Bei diesen handelt es sich um China, die Türkei und vor allem Russland.“¹²

Deutschlands Expansionsdrang gen Osten kam die Habenichtse der Balkanstaaten durch Russlands Baustopp der South Stream-Pipeline für Erdgas nach Europa Ende 2014 noch teurer zu stehen. Sie hatten auf jeweils dreistellige €-Millionensummen an Transitgeldern gesetzt. Dass sie angesichts ihrer desolaten ökonomischen Lage hoffnungsvoll auf ihre alten Beziehungen zu Russland setzen, gehört zum Selbstverständnis jeder Staatsraison.

China nutzt klug das ökonomische und politische EU-Vakuum des Westbalkans und sucht seinen EU-Zugang an deren schwächsten Kettengliedern – an der südöstlichen Flanke der EU, von den Häfen Griechenlands über die Balkanroute Richtung Deutschland. China kennt sich mit nachholender Entwicklung bestens aus, es finanziert und errichtet in sämtlichen nicht EU-Nachfolge-„Staaten“ der BRJ großdimensionale Projekte im gesamten Infrastruktursektor. So fand 2014 in Belgrad der 16 + 1 Gipfel der erweiterten Visegrád-Gruppe mit China statt. Die daraus entstandene Dynamik muss Berlin zunehmend unruhiger werden lassen.¹³

Nach dieser kleinen Umschau auf die desaströsen Resultate der ein Vierteljahrhundert laufenden Destabilisierungs- und Hegemonialpolitik Deutschlands auf dem Westbalkan wendet sich nun der Blick von der Peripherie hin zu den *manifesten und latenten separatistischen Tendenzen in Kerneuropa*.

B. Aktualität des Separatismus im Kern der EU und Deutschlands Rolle hierin

Es war und ist kein Wunder, dass die meisten EU-„Partner“ seit 1990 gegen die deutsche Destabilisierungspolitik auf dem Balkan hielten – soweit es in ihrer Macht stand. Denn in Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Belgien gibt es – wie in Teilband I/1 schon mehrfach angesprochen wurde – vergleichbare zentrifugale Tendenzen ungleichmäßig entwickelter Teilrepubliken, die in politisch manifeste Sezessionsbestrebungen umgeschlagen sind. Überall ist dort, wie auch in Jugoslawien, der Interessenkonflikt zwischen den Teilrepubliken und dem Bundesstaat über die Verteilung des Steueraufkommens der vordergründige Hebel zum völkischen Separation.

Diese Dynamik hat in Spanien nach 2012 im Zuge der beschleunigten gesamtwirtschaftlichen und politischen Krise die Überhand gewonnen und der Protektor Deutschland steht in mancher

¹² Newsletter vom 28.08.2014 - Die Hegemonie über Südosteuropa. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58935>.

¹³ Wiederholt und zuletzt 2017 ging Gabriel als Außenminister Peking in einer Rede Paris ziemlich ruppig an. Siehe: Newsletter 11.09.2017 - Berlin fordert „Ein-Europa-Politik“ - Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59670>.

¹⁴ Ein typisches Beispiel zur Dynamisierung der inner-nationalen Widersprüche vom 26.07.12: die auf Unabhängigkeit drängende nationalistische Mehrheit des katalanischen Regionalparlaments beschloss gerade in der zugespitzten Krise ein Gesetz zur Steuerhoheit Kataloniens, was Madrid zurecht als separatistisch brandmarkte: Wieland, Leo

Formation auf Seite der Separatisten:

„Newsletter vom 17.10.2012 - Der Zentralstaat als Minusgeschäft (II)

MADRID/BARCELONA/BERLIN (Eigener Bericht) - Unter dem Druck der Euro-Krise und des deutschen Spardiktats spitzen sich die Sezessionsbestrebungen in der spanischen Region Cataluña zu. Nach einer Großdemonstration für die Gründung eines eigenen Staates kündigen das Parlament der Region und ihr Ministerpräsident für die nächste Legislaturperiode ein Abspaltungsreferendum an. Neuwahlen sind - vorzeitig - für Ende November anberaumt. Der Bruch mit Spanien solle auch gegen geltendes Recht vollzogen werden, heißt es in Barcelona. Katalanische Separatisten werden seit längerer Zeit aus Deutschland unterstützt. Sezessionistenparteien unterhalten eine gemeinsame Fraktion mit Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament; ihr Dachverband verbreitet Landkarten, auf denen die meisten europäischen Staaten in Kleingebilde zerschlagen sind - nicht zuletzt in ein Land Katalonien -, Deutschland hingegen Österreich, die deutschsprachige Schweiz und einige weitere Territorien annektiert hat. Die Zusammenarbeit der bekannten Frankfurter Buchmesse mit Katalonien als ‚Partnerland‘ im Jahr 2007 hat den Separatisten spürbaren Aufschwung gebracht. Eine Sonderkooperation des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg mit Katalonien stützt dessen Sezessionsbestrebungen ökonomisch – und verweist auf die Gliederung Europas in einen wirtschaftlich erfolgreichen Kern und perspektivlos verarmende Randzonen, wie sie sich ebenfalls unter dem Druck der Euro-Zone herauskristallisiert.“¹⁵

Die typische, nicht gelöste nationale Dauer-Konfliktlinie aller Wohlstands-Separatismen dreht sich stets um die Verteilung des Finanzaufkommens. Im Falle von Madrid und Barcelona schlug sie sich nach 2010 in wachsender Verhärtung der Befürworter und Gegner einer staatlichen Unabhängigkeit Kataloniens nieder. Eine knappe separatistische Parlamentsmehrheit von 2012 setzte ein Referendum für 2013 an. Um die Frage der Verfassungswidrigkeit ihres Vorgehens scherten sie sich wie alle völkischen Separatisten als selbstgerechte Gutmenschen sowieso nie. Im Wissen um ihre zahlenmäßige Unterlegenheit wurde das Unterfangen jahrelang mediengewandt als Krieg der Bilder im Reigen regressiver populistischer europäischer Regionalnostalgie gepusht. Dann wurde es als automatische Begleitmusik der Regionalwahlen 2015 angesetzt. Diese Verzögerungstaktik stimulierte beide Lager. Auf parlamentarischer Ebene kamen 2015 ganz neu fragmentierte Parteisplitter des pro und contra zum Zuge. Eine schwach aufgestellte, äußerst inhomogene Regierungsmehrheit versprach der frustrierten katalanischen Jugend eine Zukunft der Mitgestaltung von unten. Insbesondere wurde die unbedarfte Straße eingefangen, indem die Separatisten das Ziel des Referendums – die Unabhängigkeit Kataloniens – durch Propagierung der Losung des Rechts auf Abstimmung überhaupt verschleierten. Als ob in Katalonien nicht oft genug gewählt würde!

Die gesamte Zeit seit der Blockade durch das Verfassungsgericht stellten sich die Separatisten blind und taub, was die brandgefährlichen Folgen der Loslösung Kataloniens von Spanien für beide direkt Beteiligten und den Bestand der EU betrifft. Die manifeste Gefahr des Bürgerkriegs schien außerhalb ihres Reflexionshorizonts zu liegen – und dies nach den Bürgerkriegserfahrungen 1936 ff. und Francoregime! Erst einmal musste Katalonien seine Unabhängigkeit einseitig erklären, seine Sezession praktisch vollziehen – um die Unnachgiebigkeit Madrids zu testen und die EU gezielt als Retter der „Menschenrechte“ in ihren Schlamassel hineinzuziehen.

Die Regionalregierung des Referendums setzte erklärtermaßen auf den Pragmatismus der EU, wählte sich als wirtschaftsstarke Region naiv als Sezessionist weiterhin in der EU und Euro-Zone. Verschwiegen wurde, dass es dazu eines mächtigen Protektors in der Hinterhand bedarf, der seine Anerkennung als souveräner „Staat“ zumindest unterirdisch stützt. Was kommt ab dem Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung? Bürgerkrieg in Spanien 2017 ff? Oder? Schafft Katalonien im Einvernehmen mit Madrid eine „friedliche“ Trennung, wie sie die Tschechische Republik und die

(2012): Katalonien will volle Steuerhoheit. www.faz.net 26.07.2012.

¹⁵ Newsletter vom 17.10.2012 - Der Zentralstaat als Minusgeschäft (II). Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58436>.

Slowakischen Republik 1993 vollzogen? Dabei trennte sich allerdings der weniger entwickelte Teil, der sich vom Prager Zentralismus völkisch absetzte, vom weiter entwickelten Teil der Tschechoslowakei.

Der Tenor der Presse vor dem Referendum lässt sich in etwa so zusammenfassen: Selbst wenn die Sezession „harmonisch“ enden würde, müsste ein solches Zwergenland als neuer Staat Katalonien alle Aufnahmeverfahren der EU durchlaufen und dies muss ohne Veto der jetzigen EU-Staaten von statten gehen. Wer da von den oben genannten EU-Staaten für die Anerkennung eines souveränen Staates Katalonien, sodann für den Beitritt eines, von einem anderen EU-Staat separierten, neuen Staates, Katalonien oder später dann Euskadi, stimmen soll, ist schleierhaft. Es wird spannend, wie der Protektor in Wartestellung BRD den EU-„Partnern“ seine Rolle des „Menschenrechts- & Minderheiten-Verteidigers“ im Falle Kataloniens verkaufen wird und seine Interessen eines gleichmäßiger entwickelten Kerns von Euro-Ländern durchzudrücken versucht.

Die deutschen Regierungsdenkler der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) haben 2013 schon mal völkisch-regionalistisch vorgegriffen, juristisch „vorgedacht“: „... Die EU bzw. die Mitgliedstaaten könnten im Zuge dessen an einen Punkt geraten, an dem zu überlegen wäre, ob eine ausgehandelte Separation nicht einem Zustand permanenter Instabilität vorzuziehen sei. Sollte Spanien einen staatsrechtlichen ‚point of no return‘ erreichen, an dem sich ein Ausstieg Kataloniens aus dem bisherigen Staatswesen abzeichnet, haben die EU und die Mitgliedstaaten einiges zu klären: Wer würde einen neuen Staat Katalonien völkerrechtlich anerkennen? Könnte es zu einer zweiten Kosovo-Konstellation kommen, einer Spaltung der EU bei der Anerkennung? Da Katalonien als Sezessionsstaat zumeist nicht automatisch die Rechtsnachfolge Spaniens antreten würde: In welchen internationalen Organisationen wäre es Mitglied? Wie wäre mit einer Situation umzugehen, in der Katalonien der EU als neues Mitglied erst beitreten müsste, es aber den gemeinschaftlichen Besitzstand (wie bislang schon) vollständig umsetzt und die Bürger des Staates möglicherweise weiterhin die EU-Staatsbürgerschaft besäßen?

...Die Katalonien-Problematik birgt Risiken, aber auch Chancen. Wird das spanische Autonomiemodell in Richtung eines neuen Gleichgewichts transformiert, könnte dies die Grundlage für einen neuen Regionalismus in der EU sein.

...Die EU sollte zwar weiterhin am völkerrechtlich dominanten Prinzip der territorialen Integrität ihrer Mitgliedstaaten festhalten, muss aber auf den Fall eines nahenden Bruchs (ruptura) politisch wie institutionell vorbereitet sein.“¹⁶

Der Unterton, der diesen ermunternden Gesang begleitet, ist jedenfalls in verständnisvollem völkischem Dur gehalten. Der regierungnahe Think Tank SWP in Berlin schlug sodann eine inverse Variante des Zypern-Modells vor, nach der Restspanien EU-Mitglied bleiben würde und für das Gesamtterritorium einschließlich eines souveränen Kataloniens europäisches Recht gelte und der Euro unilaterales Zahlungsmittel Kataloniens bliebe. Die SWP brach also noch 2013 mit ihrem juristischen Lösungsangebot offensiv eine Lanze für einen „neuen Regionalismus“ in Europa, ganz nach deutschem Geschmäcke. Arglos wurde suggeriert, dass Katalonien seinen mythisch vormodern verbrämten sezessionistischen Weg ohne wohlmeinende Einmischung und Unterstützung von außen durchziehen könnte. Dabei wissen alle EU-„Partner“, dass hierbei nur ein „blühender“, an Deutschland angelehnter, Zwergstaat entstehen kann.

Die FAZ spielte das Szenario: „Was in Spanien passiert, wenn Katalonien seine Unabhängigkeit erklärt“¹⁷ am 08. Oktober 2017 durch – zwischen irregulärem Referendum und für 10.10

¹⁶ Lang, Kai-Olaf (2013): Katalonien auf dem Weg in die Unabhängigkeit? - Der Schlüssel liegt in Madrid. SWP-Aktuell 2013/A 50, August 2013, S. 7f. http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/katalonien_auf_dem_weg_in_die_unabhaengigkeit.html.

¹⁷ faz-online (08/10/2017): Was in Spanien passiert, wenn Katalonien seine Unabhängigkeit erklärt. http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kataloniens-unabhaengigkeit-die-wichtigsten-fragen-15235341.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0.

angekündigter Unabhängigkeitserklärung. Das großbourgeoise deutsch-nationale Blatt beantwortete ihre eigenen Fragen (Auswahl) so:

„Welche Folgen hätte eine Unabhängigkeit Kataloniens für die Mitgliedschaft in der europäischen Union (EU)? (Antwort:) Die Abspaltung von Teilen von EU-Mitgliedsstaaten ist in den EU-Verträgen nicht geregelt. Die Position der EU-Kommission ist aber, dass Katalonien dann nicht mehr Mitglied der EU wäre. Brüssel nimmt dabei Bezug auf die sogenannte Prodi-Doktrin. 2004 erklärte der damalige Kommissionspräsident Romani Prodi, dass Gebiete, die sich von EU-Mitgliedsstaaten abspalteten, würden ab dem Tag ihrer Unabhängigkeit wie Drittländer behandelt, auf deren Territorien die EU-Verträge 'keine Anwendung mehr finden'¹⁸

Das hört sich für die Separatisten Europas schon mal viel entspannter an als die propagierten unabwendbaren Drohungen eines automatischen EU-Ausschlusses. Denn diese juristische Nichtbehandlung verweist auf die potentiellen Kräfteverhältnisse, welche die Prodi-Doktrin gegebenenfalls umstoßen könnten. Dies lässt auch die obigen juristischen Winkelzüge der SWP durchaus realisierbar erscheinen.

Das anschließende Frage-Antwort-Spiel ... „Warum vertritt die EU diese Position?“ „... könnte ... als Vorbild dienen und so zu einer Zersplitterung der EU führen.“¹⁹ ... wertet die Prodi-Doktrin argumentativ als willkürliches EU-Machtinstrument ab. Die faz-online-Linie signalisiert in ihrer scheinbar neutralen, das EU-Vertragswerk gut studierten Darstellung eher Verständnis für Alleingänge der Abspaltung, jedenfalls keine pauschale Ablehnung des Separatismus. Was so journalistisch edel daherkommt, ist in Wirklichkeit interessegeleitet. Nachtigall, ich hör dich tratschen. Denn dieses Organ trieb die Bundesregierung in den 1990er Jahren bezogen auf den Zerfall Jugoslawiens vor sich her. Sie sorgte dafür, dass die Regierung sämtliche Separatisten unterstützte und die Anerkennung der Teilrepubliken als unabhängige Staaten aktiv voranbrachte. Es wird sich zeigen, mit welcher separatistischen Zustimmungsmasche sich die FAZ bezüglich Kataloniens als Begleitmusik eines regionalistischen grünen Außenministers Özdemir positionieren wird.

Wenn dann auf Male einst eine sich „arisch“ definierende Mehrheit nach Anschluss des deutschen Monacoersatzes an die Heimat schreien sollte – so wird auch das noch als „natürliche“ Regung des „Volkes“ vom Ballermann begrüßt! Solches impulsgebendes juristisches Florettfechten braucht Deutschland als „natürlicher“ Protektor Kataloniens. Während sich am ehemals deutschen Neckermann-Strand und den Ballermännern der Balearen ein den EU-Bestand im Kern bedrohender völkischer Tsunami ankündigt, betonen die EU-Kommission und die „Partner“ seit Jahren mit hehren Worten die Integrität der Nationalstaaten und die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen. Die Geschichte spült uns gegenwärtig multimedial den völkischen Veitstanz ins Pantoffelkino. Unter der grün-braunen-direkt-demokratischen Ideologie des „Regionalismus“ feiert das völkische Phantasma postmoderner Partikularität gerade im Europaparlament fröhliche Urständ. Statt erhofftem Gewinn von „nationaler“ „Freiheit“ und völkischer „Identität“ manövrieren sich sämtliche potenziellen Sezessionsaspiranten in den EU-Ländern in machtpolitische Bedeutungslosigkeit unter den Fittichen des Hegemons Deutschland.

Der größte anzunehmende Unfall des kontinentaleuropäischen Separatismus zeigt in der Krise sein noch scheinbar unschuldiges Gesicht. Die ungleichmäßige Entwicklung der französischen Regionen verstärkt sich in der Krise ähnlich wie in anderen Staaten auch. Nun meldeten ausgerechnet erste Separatisten des Elsass Autonomiebestrebungen an:

„Newsletter vom 10.12.2012 - Der Alsace in vorderster Front - STRASBOURG (Eigener Bericht) - Deutschsprachige Autonomisten in Ostfrankreich bejubeln den Beschluss französischer Gremien zur Gründung eines ‚elsässischen Landrats‘ und fordern für die zugehörige Region Alsace Autonomierechte wie in Südtirol. Die vor kurzem in Strasbourg gefällte Entscheidung, wichtige Kompetenzen unterschiedlichster Gebietskörperschaften in einem neuen ‚Conseil d'Alsace‘ zu

¹⁸ Ebenso.

¹⁹ Ebenso.

bündeln, sei in ihrem Sinn, erklären Anhänger der Autonomiebewegung. Der ‚elsässische Landrat‘ verleihe erstmals dem gesamten Alsace sowie seiner teils deutschsprachigen Bevölkerung eine wirkungsvolle politische Vertretung und schaffe damit die Voraussetzungen zur Stärkung der ‚elsässischen Identität‘. Weitere Schritte sollten folgen, etwa die Aufwertung der deutschen Sprache. Das Ziel sei letztlich eine Autonomie, wie sie die norditalienische Provinz Südtirol besitze. In Südtirol wird gegenwärtig in zunehmender Intensität die Abspaltung von Italien gefordert. Spezialisten der deutschen ‚Volksgruppen‘-Politik gehen davon aus, dass die Beschlüsse, die im Alsace getroffen wurden, weiteren französischen Regionalisten Auftrieb verleihen - etwa baskischen Separatisten.“²⁰

Diese Autonomierufe fallen in eine Zeit des ökonomischen relativen Niedergangs und damit verknüpften ständigen politischen Niederlagen Frankreichs gegen Deutschland im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise seit 2008. Frankreichs nachlassende „Wettbewerbsfähigkeit“ ist unter Hollande seit 2012 zur Zielscheibe von IWF und anderen Propagandaeinrichtungen der Bourgeoisie geraten. Alle bourgeoise Welt – Britannien und Deutschland bilden hierbei eine EU-Zangenbewegung, stimuliert von hasserfüllten Kohorten digitaler Trolls – drängt Frankreich auf ein der Agenda 2010 und Hartz-IV vergleichbares Schleifen der Lebensbedingungen der lohnabhängigen Klasse des französischen Kapitalstandorts. Keine französische Regierung wagte sich bisher aus Furcht vor dem potentiellen Widerstand der Lohnabhängigen an einen umfassenden Frontalangriff. Irgendwann bald wird er jedenfalls kommen müssen – Macron übernahm 2017 in übelster rhetorischer Herabsetzung den heißen Staffelstab des Drachentöters. Der französische Zentralstaat wird im Inneren gleichzeitig vom Kampf gegen die lohnabhängige Klasse wie von den zentrifugalen politischen Tendenzen der unterschiedlich ökonomisch entwickelten Regionen in die Zange genommen. Frankreichs außenpolitische Stellung in der EU als Gegenspieler Deutschlands wird durch die zunehmenden inneren ökonomischen und sozialen Widersprüche zusehends schwächer.

Um Frankreichs Zaudern im Klassenkampf von oben zu brechen, überzogen die deutschen Politikaster Frankreich 2014/2015 geradezu mit der verbalen Häme, symbolischer Verachtung und Demütigungen des arroganten Nachkriegssiegers bis hin zu diplomatischen Verstimmungen. Das bisherige Sahnehäubchen war die Frühjahr 2015 öffentlich gewordene Eisbergspitze der Bespitzelung der französischen, österreichischen und EU Politikbetriebe durch den BND in Kooperation mit dem NSA und der Auswertung des Materials durch den BND für eigene Zwecke.²¹ Getreu der Merkel-Pastoralgesangsraute: „Ausspähen von Freunden, das geht gar nicht!“

Das Elsass ist nicht irgendeine französische Region, sondern dem BIP pro Kopf nach die zweitproduktivste französische Region. Das Elsass ist ein hoch entwickelter Forschungsstandort, stark industrialisiert und exportorientiert. Driftet das Elsass politisch von Frankreich weg, dann wird es umso stärker vom deutschen Gesamtkapital angezogen, aufgesogen und integriert – jedenfalls wäre dies gleichbedeutend mit einem kalten ökonomischen Anschluss des Elsass an die BRD, wenn nicht noch mehr. Das weckt verdrängte, ungute Erinnerungen an die wechselvolle, gewaltsame Geschichte der staatlichen Zugehörigkeit dieser deutsch-französischen Grenzregion. Kohls in Teilband I/1 mehrfach gestelltes Rätsel vom Krieg oder Frieden in Europa hat hier am Oberrhein auch einen Teil seiner Lösung. Denn Frankreich wäre ohne das Elsass ökonomisch zu entschieden

²⁰ Newsletter vom 10.12.2012 - Der Alsace in vorderster Front. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58486>.

²¹ Newsletter vom 04.05.2015 - Die neue deutsche Arroganz. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59107>. Kurz danach kam an die Öffentlichkeit, dass der BND via Telekom den Transitverkehr einer Handvoll von „Partner-Staaten“ abgreift: Newsletter vom 18.05.2015 - Die neue deutsche Arroganz (II). Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59116>. Die der Informations- und Kommunikationstechnologie inhärente Generierung neuer Leaks implizieren, dass Spitze für Spitze des auftauchenden nachrichtendienstlichen Eisgebirges öffentlich gemacht wird. Siehe auch: BND/NSA-Skandal: Deutsche Telekom leitete Transitverkehr-Daten an den BND. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/BND-NSA-Skandal-Deutsche-Telekom-leitete-Transitverkehr-Daten-an-den-BND-2652374.html> update 19.05.2015.

geschwächt, als dass es dessen Sezessionsbestrebungen tatenlos zusehen könnte – ähnlich wie es Spanien 2017 im Sezessionsfall Katalonien ergeht. Deutschland kann sich in solchen Fällen mit weißer Weste ruhig zurücklehnen und wäre seinerseits mit dem Zwergstaat Elsass als „sanft“ angeschlossenen Nachbar ökonomisch und politisch gewaltig gestärkt.

Vergleichbar brisant für den weiteren EU- und Eurobestand sind die Sezessionsbewegungen in Norditalien. Die Lega Nord provozierte 1996 mit der theatralisch inszenierten „Ausrufung“ von *Padania*²² als souveräne Bundesrepublik Norditalien. Danach umfasst „Padania“ Oberitalien bis an die Grenzen Latiums. Nicht nur ein Name, Flagge und „National“-hymne mussten her, sondern selbstverständlich auch ein Schöpfungsmythos der neukonstruierten „Nation“. Sie kramten angesichts der deutschen EU-Dominanz tief in der arischen Mottenkiste und wählten sich germanophil die *Langobarden* als mythische Ahnen. Also trugen „sie“ eine große Anzahl von Fundstücken aus archäologischen Sammlungen rund um den Globus zu ihrer schöpfungsmithischen Ausstellung zusammen:

„2000 in Brescia – Il Futuro dei Longobardi

Bei dieser Ausstellung handelte es sich um einen Paradigmenwechsel im historischen Maßstab – als Wechsel auf die Zukunft PADANIAS inszeniert.

- Bis zu jener Ausstellung wurden die einfallenden Germanenstämme der europäischen Völkerwanderung nach 450 u. Z. in Italien einheitlich als das, was sie waren: unkultivierte Barbaren, gekennzeichnet.
- Diese Ausstellung macht jene Kehrtwendung, welche wir oben bei den Teutschen um 1800 beschrieben – die römischen Überbleibsel werden als dekadent herabgesetzt und die Langobarden zu feinsinnigen Kulturbringern überhöht.²³

Der Lega Nord Boss musste 2001 Ruhe geben, da die prosperierende Euro-Anfangszeit die zentripetalen ökonomischen Kräfte Italiens stärkte und die Sezessionsbestrebungen zunächst an Attraktion einbüßten. Die Lega N. arbeitete während dessen unter dem Label „föderative Republik“ an der gesamtitalienischen parlamentarischen und exekutiven nationalen Front an der Erweiterung der Autonomie der Provinzen. Die ökonomische Krise dynamisierte mit der Zunahme der regionalen Zentrifugalkräfte erneut den politischen Separatismus in Norditalien. 2011 wurde erstmals wieder das „Parlament des Nordens“ einberufen.

In dieser Phase bildete Südtirol den sezessionistischen Vortrupp Italiens: „Newsletter vom 03.08.2012 - Der Zentralstaat als Minusgeschäft – BOLZANO/ROM/BERLIN (Eigener Bericht) - Unter dem Druck der Eurokrise spitzt sich der von Berlin geförderte Autonomiekonflikt in der italienischen Provinz Bolzano/Alto Adige („Südtirol“) zu. Die italienische Regierung muss aufgrund des deutschen Spardiktats umfangreiche Kürzungen im Staatshaushalt vornehmen und dringt nun darauf, dass auch Südtirol sich angemessen beteiligt. Die Regierung der Provinz, die zu den wohlhabendsten Italiens gehört, sucht nach einem Ausweg; ein Regierungsmitglied fordert eine wirtschaftliche ‚Vollautonomie‘, um die Mittel-Umverteilung an Süditalien zu stoppen. Sezessionistenkreise preschen voran, verlangen ein Referendum über die vollständige Abspaltung Südtirols von Italien und schließen den Anschluss an Österreich nicht aus. Die Autonomiebestrebungen in Teilen der deutschsprachigen Minderheit Norditaliens werden seit Jahrzehnten aus der Bundesrepublik gefördert - teilweise von Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik, teilweise von Aktivisten der extremen Rechten. Für die 1960er Jahre wird außerdem

²² Krug, Uli (1996): Von den sauberen Händen zur keltischen Sonne. Padanien – die Lega und die Linke. Bahamas Nr. 21, Herbst 1996.

²³ Poli, Kosma /Lee Tan, Lee (2007): Historische Ausstellungen zur Propagierung der germano-zentrischen REICHsidee (08/2007). Unter Menüpunkt: <http://www.mxks.de/kolitik/discussion.html>. Wie die REICHsidee neu-deutsch aufgeladen wird als ideologische Folie für das EU-Projekt. In dortiger Fußnote 8 ist das Faksimile eines damaligen frohlockenden Handelsblatt Beitrags abgebildet von: Gröteke, Friedhelm (2000): Invasion der Feinsinnigen. Noch vor 20 Jahren galten die Langobarden als üble Barbaren. Brescia rehabilitiert das germanische Volk.

von direkten Kontakten höchstrangiger bundesdeutscher Politiker zu Südtirol-Terroristen berichtet. Unter dem Krisendruck nähern sich die damaligen Bemühungen ihrem Ziel stärker denn je zuvor.“²⁴

Der Regional-Wahlkampf-Slogan der Separatisten lautete 2013: „Süd-Tirol – Viel zu schade für Italien“. Die Sezession Oberitaliens als souveränen Nationalstaat *Padania* würde Italien das ökonomische Rückgrat brechen und politisch auf der EU-Landkarte versenken. Die interessengeleiteten provinziellen Separationsvariationen in Oberitalien gehen in ihrer Partikularität allerdings sehr viel weiter. Sie erscheinen als aufgegriffene Kontinuitätslinien der Stadtstaaten der Renaissance. So gibt es neben der Padania- und Südtirolbewegung noch Bestrebungen eines „freien Venetiens“ und Bewegungen in Umbrien sowie in der Lombardei zum Anschluss an die Schweizer Eidgenossenschaft.

Konsequent setzten sie als Trittbrettfahrer des katalanischen Referendums für Oktober 2017 Referenden zur Erweiterung ihrer regionalen Autonomie an – einer jener sich wiederholenden typischen separatistischen Zwischenschritte zur allmählichen Zermürbung der nationalen Einheit, die Katalonien einst auch geschritten war.

„Newsletter vom 05. Oktober 2017 – Die Ökonomie der Sezession (I) – (Autonomie- und Sezessionskonflikte in der EU) MILANO/VENEZIA/BOLZANO/ANTWERPEN

(Eigener Bericht) - Separatisten in diversen EU-Staaten begreifen das Sezessionsreferendum in Katalonien als Ansporn und intensivieren ihre Aktivitäten. Bereits am 22. Oktober werden die beiden reichsten Regionen Italiens, die Lombardei und Venetien, je ein eigenes Referendum über eine Ausweitung ihrer Autonomie gegenüber der Regierung in Rom abhalten. Zentrale Ursache ist wie in Katalonien das Bestreben, den eigenen Wohlstand zu wahren und die Umverteilung ihrer Steuergelder an ärmere Gebiete insbesondere im Süden des Landes zu reduzieren oder zu beenden. Identische Motive befeuern Sezessionisten im niederländischsprachigen Teil Belgiens, in Flandern; die dortige Regionalregierung unterhält gute Beziehungen zur Regionalregierung Kataloniens. Auch im deutschsprachigen Separatismus Norditaliens (Südtirol), der bei den letzten Landtagswahlen über 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, werden neue Forderungen nach einer Abspaltung von Italien und dem Anschluss an Österreich laut. Viele Separatismen in der EU sind von Deutschland jahrzehntelang direkt oder indirekt gefördert worden - ökonomisch und politisch.“²⁵

Auf das katalanische Referendum haben alle Separatisten dieser Welt gewartet. Katalonien ist ein „Riese“ der Abspaltungszwerge dieser Welt – ökonomisch und ideologisch als selbsternannte Erbin der Mythen des Spanischen Bürgerkrieges – das Musterbeispiel selbstgerechter Arroganz. Das dreist-forsche gesetzwidrige Vorgehen ihrer Anführer brachte sie seit Jahren als Vorbild erpresserischer Selbstermächtigung ins mediale Rampenlicht, in den Bilderkrieg der social 2.x Netzgemeinden, wo der Unterschied von Lüge und Wahrheit in den Bilder-/Videofluten längst untergingen. Die europäische Bewegung des Separatismus ist hoch vernetzt, psycho-pathologisch per Opfermythos aufgeheizt, pflegt ihren sektiererischen antizentralistischen Ingroup-Jargon und hat sämtliche antizentralistischen separatistischen Aktionen nicht nur Europas auf dem Bildschirm. Sie ist nicht

²⁴ Newsletter vom 03.08.2012 - Der Zentralstaat als Minusgeschäft - BOLZANO/ROM/BERLIN (Eigener Bericht). Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58391>.

Ein Jahr später ward der völkische Schoß politisch fruchtbar: „Im Wahlkampf warb beispielsweise die Partei Süd Tiroler Freiheit mit dem Slogan: ‚Süd-Tirol - Viel zu schade für Italien‘.“ In: Ulrich, Stefan (2013): Wahl in Südtirol – Aufstieg der deutschsprachigen Populisten. www.sueddeutsche.de 29. Oktober 2013. Zur Bonner Einmischung in die inneren Verhältnisse Italiens seit den 1950er Jahren bis hin zur geheimen Finanzierung südtiroler Separatisten, siehe u.a.: Wiegreffe, Klaus (2008): Bozener Bumser. Der Spiegel 13/2008. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-56299094.html>. Wer tiefer bohren will, dem sei sehr empfohlen: Steiniger, Rolf (2014): Südtirol. Vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Haymon, Innsbruck; Auflage: erweiterte und überarbeitete Neuauflage (5. Juni 2014).

²⁵ Newsletter vom 05.10.2017 - Die Ökonomie der Sezession (I) - (Autonomie und Sezessionskonflikte in der EU) Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59688>.

nur informell und personell gut vernetzt, finanziell durch den Hauptzahler BRD gut aufgestellt und wegen ihrer „Schutzfunktion“ unangreifbar protegiert. Vor allem ist diese Bewegung von regelrechten völkischen Fanatikern gut organisiert: Aktuell sind über 90 Organisationen aus 33 Ländern Europas, des Kaukasus und Zentralasiens, die jeweils Sprachminderheiten vertreten, in der *Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten* (FUEN) organisiert. Die FUEN, einst unter Führung vormaliger NS-Antisemiten gegründet, sieht sich selbst in der Tradition der deutschen Minderheitenpolitik der 1920er Jahre, die Sprachminderheiten ethnisch definierte. Dass die FUEN in Deutschland, in Flensburg ihren Sitz hat, ist mehr als folgerichtig. Dass die Separatisten ihre Zeit als gekommen sehen, belegt ihre Namensumbenennung: bis vor kurzem nannte sie sich selbst Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Nun sind die konstruierten „Volksgruppen“ zu „Nationalitäten“ mutiert. Der sprachlich kürzere Weg zu einem eigenen – an Katalonien sichtbar nur scheinbar ethnisch-homogenen – Nationalstaat. Insbesondere das völkische Ungarn fühlt sich zwecks Ablenkung von inneren Problemen nun ermutigt, in seinen sämtlichen Nachbarstaaten völkische Wählerarbeit bei ungarisch sprachigen Bürgern zu machen:

„Newsletter vom 06. Oktober 2017 - Die deutsche Ethno-Zentrale - (Autonomiestreben in Ungarn und Sezessionismus in Südtirol) BERLIN/FLENSBURG

(Eigener Bericht) - Beflügelt vom katalanischen Sezessionsreferendum treiben Mitglieder einer in Deutschland ansässigen Ethno-Organisation Autonomieforderungen für die ungarischsprachige Minderheit in Rumänien voran. In der vergangenen Woche haben bekannte Politiker der Südtiroler Volkspartei (SVP) eine Delegation der extrem rechten Partei Jobbik aus Ungarn empfangen, um ihr die Besonderheiten der Südtiroler Autonomie nahezubringen. Die SVP gehört der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) mit Sitz in Flensburg an, einem Zusammenschluss, der größere Sonderrechte für völkisch definierte Minderheiten fordert, von staatlichen Stellen finanziert wird und eng mit dem Bundesinnenministerium kooperiert. Jobbik, eine für ihre rassistisch-antisemitische Agitation berüchtigte Partei, kündigt an, sich in Rumänien, aber auch in der Slowakei, in der Ukraine und in Serbien für eine formelle Autonomie der dortigen ungarischsprachigen Minderheiten einzusetzen. Jobbik wird nach eigenen Angaben in dieser Frage von einem Angehörigen der deutschsprachigen Minderheit Ungarns beraten, der neun Jahre lang in führender Funktion für die FUEN tätig war und in der Organisation zu den zentralen Ansprechpartnern deutscher Regierungsstellen gehörte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat der FUEN am gestrigen Donnerstag einen persönlichen Besuch abgestattet.²⁶

Der „persönliche“ Besuch des deutschen Staatsoberhauptes in der Zentrale der FUEN war selbstverständlich keinerlei Sympathiebekundung für deren sezessionistische Wählerarbeit. Er kam vollkommen ungeplant zufällig so zustande: Frank-Walter machte eine Spritztour ins schöne Angeln. Das war zufällig kurz nach dem katalanischen Unabhängigkeitsreferendum. Dabei kam er ausgerechnet an Flensborag vorbei und dachte sich so: „Och, da guck ich doch mal persönlich auf en Flens bei der nordfriesisch-dänischen Sippschaft vorbei und gratulier ihnen zu ihrer hervorragenden Arbeit zur sprachverhinderten Völkerverständigung.“ ... Und ewig trällert das Röslein auf der Heide ganz völksmusikalisch im Frühtau zu Berge am Brunnen vor dem Tore.

Die deutsche Wirtschaft fürchtet nach Kataloniens faktischem Bruch mit Spanien zurecht einen separatistischen Flächenbrand in Europa²⁷. In der heutigen vollständig verrechtlichten Welt politisch-ökonomischer Beziehungen und Verhältnissen – „stabile Rahmenbedingungen“ – ist eine so starke nur temporäre Rechtsunsicherheit, wie im katalanischen Schwebezustand nach dem 1. Oktober 2017, Gift fürs Geschäft. Gegen die Bedrohung des Warenflusses durch Import-/Exportzölle, ungewisse Normbedingungen etc., helfen Standortverlagerungen nicht.

²⁶ Newsletter vom 06. Oktober 2017 - Die deutsche Ethno-Zentrale - (Autonomiestreben in Ungarn und Sezessionismus in Südtirol) Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59690>.

²⁷ Doll, Nikolaus/Vetter, Philipp (/10/2017): Die wachsende Angst vor den Nachahmern der katalanischen Idee. <https://www.welt.de/wirtschaft/article169519790/Die-wachsende-Angst-vor-den-Nachahmern-der-katalanischen-Idee.html>.

C. Nationalökonomie und Separatismus

Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass der Streit um die Verteilung des Steueraufkommens auf die öffentlichen Körperschaften der Staaten und Regionen sowie weitreichende Autonomiebestrebungen jene Hebel und Wege sind, an denen die Separatisten der reicheren Regionen ansetzen und die Wohlstands-Steuerbürger regionalistisch in Stellung gegeneinander setzen. Je geringer die öffentlichen Tributeintreibungen, je bankrottnäher die Staaten sind, umso härter bekämpfen die „Geberregionen“ die innerstaatlichen finanzpolitischen Transfers zwischen den Regionen zwecks Angleichung der Produktionsbedingungen des nationalen Gesamtkapitals. Der entsprechende Länderfinanzausgleich in der BRD sorgt hierzulande schon länger für scharfe Proteste der „Geberländer“ mit Bayern als Vortrupp bis hin zu von Bayern und Hessen 2013 eingereichten Anfechtungsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Je knapper die öffentlichen Haushalte auf Basis der sogenannten „Schuldenbremse“ wirtschaften müssen, umso schärfer wird auch in der BRD die Auseinandersetzung um die Verteilung des eingetriebenen Steuertributs werden.

Noch mag der publizistische Vorstoß²⁸ von 2012 zur Unabhängigkeit Bayerns kleingeredet werden. Die Zentrifugalkräfte zunehmender ungleichmäßiger Entwicklung innerhalb des deutsch-nationalen Gesamtkapitals generieren jedoch auch in der BRD tendenziell regionale Rumpf-Gesamtkapitale der territorialen ökonomischen Subkreisläufe mit unterschiedlichen hohen Verwertungsraten des Kapitals. Bei Rückzug des Kapitals auf nur noch sechs deutsche Regionen²⁹ (Großräume: Hamburg, Dresden, Köln-Rhein-Ruhr-Schiene, Rhein-Main-Neckar, Stuttgart-Neckar, München-Augsburg) drohen die provinziellen Subkreisläufe in gegenseitige Abstoßung der regionalen Teil-Gesamtkapitale überzugehen. Dies führt unweigerlich zu politischen Verwerfungen bezogen auf die Kohäsionspflicht des Bundes und zwischen den Bundesländern. Die einhergehende Destabilisierung des Nationalstaates vermag potentiell politische separatistische Bewegungen zu induzieren.

Die zentrifugalen Kraftvektoren der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung innerhalb der Nationen verstärken sich synchron mit der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den Staaten. Diese treten in der gegenwärtigen sogenannten Staatsschuldenkrise politisch verschärft hervor, weil der von Berlin diktierte Austeritätsskurs der EU-Staaten die unterschiedliche Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der beteiligten nationalen Gesamtkapitale erst nackt hervortreten lässt, nachdem das staatliche Pulver des Schuldenmachens samt der ultralockeren Geldpolitik der EZB bis hin zum „Quantitativen Easing“ als Gegenmaßnahmen gegen die lahrende Wirtschaft verschossen ist. Während des Euro-Zonen-„Booms“ nach 2003 bis 2008 war die sehr unterschiedliche Produktivität der nationalen Gesamtkapitale der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone bei munter sprudelnden Steuer- und extrem günstigen Kreditquellen verdeckt. Fälschlicherweise wurde dies als fundierte zentripedale Entwicklung der Kohäsion der EU-Staaten schönegeredet.

Nun zeigt sich, dass sich die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen großen industriellen Einzelkapitale wirtschaftsgeografisch zusehends auf wenigen kleinen Räumen optimal ausgebauter Infrastruktur und hoher allgemeiner Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit aggregieren. Die fortschreitende Tiefe und Breite der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der entsprechenden Kombination der Teilarbeiten vieler Einzelkapitale als Gesamtarbeitsprozess der Gesellschaft führt zu verdichteten wirtschaftsgeografischen Zentren und eng begrenzten Großräumen industrieller Produktion, Forschungs- & Entwicklungszentren und anderen industrienahen Dienstleistungen. Die Tendenz der territorialen Konzentration des Kapitals und des relativen Rückzugs aus den

²⁸ Scharnagl, Wilfried (2012): Bayern kann es auch allein. Plädoyer für den eigenen Staat. Quadriga, München.

²⁹ Vgl. Teil II von: Poli, Kosma/Tan, Lee (2007): Über die ungleichmäßigen Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale in Europa und die Niedergangsphase der Nationalstaaten (09/2007) www.mxks.de. Dort ist das Thema tiefer reflektiert und die Studie zur Konzentration des Kapitals in der BRD auf nur noch sechs Regionen in Fußnote 36 als empirischer Beleg des relativen territorialen Rückzugs des Kapitals aus der Fläche angesprochen.

großen geographischen Räumen folgt der Entwicklung der allgemeinen gesellschaftlichen Produktivkräfte mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals selbst. Dies setzt die Regionen in scharfe ökonomische und politische Konkurrenz innerhalb und außerhalb der Nationalstaaten zueinander, da die räumlichen Größenordnungen von Regionen gegenwärtig ausreichen, um die Reproduktionsbedingungen relativ großer Kreisläufe produktiven Kapitals optimal zu erfüllen. Der Stadtstaat Singapur und die Arabischen Emirate sind „leuchtende“ Vorreiter dieser Entwicklung.

Der relative Rückzug des Kapitals aus der großen Fläche birgt für die alten europäischen Flächenstaaten Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, aber auch Deutschland, die Gefahr des Zerfalls in völkisch zelebrierte Kleinstaaten prosperierender Regionen und in ökonomisch und politisch zerrüttete Reststaaten. Diese inneren zentrifugalen Tendenzen der Nationalstaaten spielen der EU-Vormacht Deutschland vordergründig und auf kurze Sicht in die Hände. Das nationale Gesamtkapital Deutschlands gewinnt auf Grund seines Größenumfangs, seiner Qualität und seiner aktuellen Präsenz als Auslandskapital vor Ort durch die Zerlegung anderer nationaler Gesamtkapitale in regionale Rumpfkapitale Raum zur eigenen Ausdehnung und integriert deren einzelkapitalistische Bruchstücke in seine spezifische territorial gegliederte Arbeitsteilung. Bei dieser ökonomischen Abhängigkeit begeben sich die Separatisten von Anfang der Sezessionsbestrebungen an in die Hand ihres politischen Protektors. Das ökonomisch durchaus rationale Handeln des Protektors, in höher entwickelte Regionen anderer Nationalstaaten zu investieren, schlägt seinerseits um in politisch separatistische Begünstigung:

„Newsletter vom 05.10.2017 - Ökonomie der Sezession (II) - (Ursachen des Erstarkens des Separatismus in Westeuropa) BERLIN/BARCELONA/MILANO/ANTWERPEN (Eigener Bericht) - Die gezielte Förderung einer exklusiven Kooperation deutscher Unternehmen mit wohlhabenden Regionen in Staaten mit verarmenden Landesteilen hat das Erstarken autonomistisch-sezessionistischer Bewegungen in Westeuropa systematisch begünstigt. Dies zeigt eine Analyse der Separatismen in Katalonien, der Lombardei und Flandern. Demnach haben Flandern sowie die Lombardei, zwei ohnehin wirtschaftsstarke Regionen, ihren Abstand zu ärmeren Gebieten in Belgien bzw. in Italien nicht zuletzt dadurch vergrößern können, dass sie für die Expansion der stärksten EU-Wirtschaft, der deutschen, eine wichtige Rolle spielten. Katalonien und die Lombardei haben in einer exklusiven Zusammenarbeit mit dem Bundesland Baden-Württemberg ebenfalls ihren Vorsprung gegenüber ärmeren Gebieten Spaniens und Italiens ausbauen können. Dies hat das Streben der jeweiligen Regionaleliten befeuert, den Mittelabfluss per staatlicher Umverteilung durch größere Autonomie oder gar Sezession zu stoppen. Die Folgen einer gezielten Kooperation nicht mit fremden Staaten, sondern lediglich mit wohlhabenden Regionen sind aus dem ehemaligen Jugoslawien bekannt.“³⁰

Keineswegs erschöpft sich das scheinbar naturgegebene Zusammengehen starker deutscher mit starken Regionen anderer Staaten auf ökonomische Investitionen in Produktion und Forschungseinrichtungen. Für die politische Dimension sei beispielsweise die 1988 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Vier Motoren für Europa“ genannt, gebildet vom Bundesland Baden-Württemberg, den Regionen Katalonien, Lombardei und der französischen Region Auvergne-Rhone-Alpes. Ihr erklärtes Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wird durch politische Interventionen zur Verbesserung der gesamten Infrastruktur ihrer Regionen unterstützt. Diese Art Kooperation ist mehr als verständlich, fördert jedoch unter der Hand die ungleichmäßige Entwicklung der betreffenden Nationalstaaten. In der heutigen Krisenzeit wecken die Unterschiede innerhalb der Nationalstaaten die Begierden des Wohlstandschauvinismus, welche psycho-pathologischen Hirnen entsprungene Legitimierungen zur Separation ihrer Wohlstandinseln hochpushen, um notfalls in ihrem Wahn per Bürgerkrieg den Rest zivilisatorischer bürgerlicher Nationalstaatlichkeit zu zerstören. So verstärkte beispielsweise die

³⁰ Newsletter vom 05.10.2017 - Ökonomie der Sezession (II) - Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59689>.

1978 gegründete „Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria“ von Regionen Österreichs, Italiens, Süddeutschlands mit Slowenien und Kroatien deren Sezessionsbestrebungen in der zugespitzten Krise Jugoslawiens 1990. Bei solchen grenzüberschreitenden Kooperationen handelt es sich nicht um strategisch geplante Prozesse oder gar verschwörungstheoretisch zu erklärende ausländisch gesteuerter Geheimbünde zur Zersetzung fremder Staaten. Stets ist der innere Niedergang von Nationalstaaten und die Zuspitzung innerer regionaler Widersprüche – nicht selten mit langen Latenzzeiten – notwendige Bedingung sich dynamisierender Separation. Erst dann vermag eine äußere Macht erfolgreich protegieren.

Tatsächlich sind die Vorformen und Instrumente des völkischen Separatismus in Europa variantenreich. Die darin liegende Sprengkraft ist soweit an die Oberfläche gedrungen, dass selbst die SWP vor der deutschen völkischen Separationspolitik – gerade auch bezüglich obigen Autonomie-Musterexemplars Südtirol – warnen musste.

„Newsletter vom 11.12.2012 - Wie man Spannungen anheizt - BERLIN/BUDAPEST/BOLZANO (Eigener Bericht) - Eine neue Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) warnt vor zunehmendem ‚Konfliktpotential‘ in der EU aufgrund der von Berlin forcierten Ethno-Politik. Zuletzt habe vor allem die Regierung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit provokativen Schritten zur Stärkung der ‚Auslandsungarn‘ in den Nachbarstaaten von sich reden gemacht, heißt es in dem Papier. Die Auseinandersetzungen um ethnisch definierte Minderheiten nähmen derzeit aber auch in anderen Ländern zu, besonders seit manche Regierungen begonnen hätten, Minderheiten-Angehörigen in den Nachbarstaaten die eigene Staatsbürgerschaft zu verleihen. Als Lösungsmodell werde auch in Berlin oft das Südtiroler Autonomiestatut gepriesen - zu Unrecht: Wie die aktuellen Sezessionsforderungen in Norditalien zeigten, könne es keinesfalls ‚das konfliktlösende Vorbild‘ für andere Minderheitenkonflikte sein. Die Studie erwähnt an keiner Stelle die Ethno-Politik der Bundesrepublik, beschreibt jedoch ihre Anwendung durch Drittstaaten wie Ungarn und Rumänien sowie durch die deutschsprachige Minderheit in Südtirol - und übt daran scharfe Kritik. Nicht nur die inkriminierte Ethno-Politik allgemein, auch die Vergabe der eigenen Staatsbürgerschaft an Minderheitenangehörige in Nachbarländern wird von Deutschland im großen Stil praktiziert; letztere laufe, schreibt die SWP, sogar offiziellen Empfehlungen der OSZE zuwider.“³¹

Deutschland muss aufpassen, seinen kulturrassistischen und sozialchauvinistischen Zauberlehrling des völkischen Separatismus als Instrument seines *Teilens und Herrschens* in Europa im Zaume zu halten. Ansonsten droht eine sich selbst verstärkende Entwicklung der Balkanisierung der Nationalstaaten Europas einschließlich des Hegemons selbst. Der sogenannte Regionalismus hat in der EU seit den 1980er Jahren starke politische Bataillone aufgebaut. Die *Versammlung der Regionen Europas* (VRE) – 1985 als politische Organisation zur Interessenvertretung der Regionen konstituiert – führt weit mehr als 200 Regionen und 30 Interregionen als Mitglieder. Ein per Maastricht-Vertrag institutionalisierter *Ausschuss der Regionen* stemmt sich gegen die zunehmende Zentralisierung der EU und mischt sich in alle EU-Belange zu Gunsten der Partikularinteressen der Regionen ein. Im Europaparlament bildet die 1981 gegründete *Europäische Freie Allianz* (EFA) – ihr gehörten 2015 36 Regionalparteien an – eine Fraktion mit den Grünen(!). Eine schöne braun-grüne lebensphilosophische Brühe des Separatismus in Europa!

D. Über protoseparatistische Eigendünkel deutscher Provinzen

Man mag über das Bayernbuch des ehemaligen CSU-Bayernkurier-Einpeitschers noch achselzuckend hinweggehen, der Gang Bayerns und Hessens nach Karlsruhe gegen den Länderfinanzausgleich zeigt allerdings die zentrale Parallele zu allen obigen Fällen von Separationsgelüsten sogenannter „Völker“ auf. Mit der Bayernpartei existiert seit 1946 ein latenter bayrischer Separationskern. Sie erreichte regional zur Hochzeit 1949/50 Bundestagswahlen 20%

³¹ Newsletter vom 11.12.2012 - Wie man Spannungen anheizt. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58488>.

Zweitstimmen/ Landtagswahlen 17%. Nach 40 Jahren Niedergang wittert sie neuerdings im Verein der FUEN separatistische Morgenluft. Ihre Initiative „Freiheit für Bayern“ arbeitete 2016 auf eine Volksabstimmung für den Austritt Bayerns aus der BRD hin: Zu Neujahr 2017 verkündigte das Bundesverfassungsgericht die Ablehnung der Annahme der Verfassungsklage eines bayrischen Beschwerdeführers in dieser Angelegenheit. Das BVerfG stellte fest, dass nach §37 GG der Austritt eines Bundeslandes aus dem Nationalstaat BRD nicht möglich ist, da das GG nicht im Kompetenzbereich der Länder liegt.³² In Spaniens Verfassung von 1978 wurde übrigens den §37 der BRD wörtlich übernommen.

Stets behaupten die temporär weiter entwickelten Regionen als Nettozahler, dass die Empfänger-Regionen nicht „wirtschaften“ können – eben, rundherum alles verkappte faule „Südländer“ und *wir* sind die leuchtende Ausnahme! Berlin versucht inzwischen taktisch klug den regionalen Verteilungskonflikt durch steigende Zuzahlungen des Bundes per Gesetz von Frühsommer 2017 neu zu regeln. Die Zentrale erkaufte sich so mehr Mitspracherechte in der Großraumplanung des Fernstraßen- und Bildungswesens – allerdings müssen vor der Umsetzung dieses pekuniären Beitrags zur Kohäsion noch ein dutzend Stellen des Grundgesetzes geändert werden.

Dass unter dem Hochdeutsch-Sprech der deutschen „Kulturation“ der Gegenwart noch so manche provinzielle landsmannschaftliche Glut glimmt, machte eine Posse³³ des medialen Winterlochs 2012/13 überdeutlich. Ein bekannt aufrechter Sozialdemokrat der ersten Stunde nach Null-Uhr DDR, den es einst Karriere bedingt aus der thüringischen Provinz nach Ostberlin verschlug, frotzelte in einem Jahresanfangs-Interview ironisierend über die integrationsunwillige Schwaben-Zusammenrottung in Berlin. Ein paar Stichworte wie „Kehrwoche“, „Wecken“ statt „Schrippen“ löste einen Empörungsturm schwäbischer Empfindsamkeiten im Wasserglas aus. Die von Brüssel bis Berlin verstreut in der Diaspora lebenden tapferen Schwaben bunter Polit- bis Gewerkschaftsprominenz bildeten den publizitätswirksamen Vortrupp der Verteidigung der Heimatehre. Innerhalb von zwei Wöchelchen rückten Kohorten von landmännisch Gekränkten mit mehr als 3000 Schmähamails unter der Gürtellinie gegen die Berliner Schrippe vor. Selbstverständlich wurden herablassend die schwäbischen Länderfinanzausgleichs-Erbsen gezählt, mit denen Berlin sein süßes sexy Leben treiben kann. Unter dem karst-höhligen Spätzleländle der Schaffer, Eigenheimbesitzer und Wutbürger liegt wohl ein unergründeter Vulkan. Wer in solchen Untertönen zurück schießt, dem ist Allerlei zuzutrauen: „Wir können Alles, außer Hochdeutsch!“ Eine völkische Schlachtordnung nach Maß eines echten Sieben-Schwaben-Streichs.

Die Gelbfüßler, die Badenser-Spacken grienten sicherlich zotenreitend über ihre geizgeilen „landsmannschaftlichen“ zwangsverwandten Sauschwaben. Sie werden sich gegebenenfalls liebend gerne vom Pietisten-Ländle des Freistaats BaWü trennen und sich im Bund der Alemannen mit ihren Stammesbrüdern im Elsass, der Deutschschweiz und Vorarlberg vereinen, um stammesgemeinschaftlich eine industrielle Großmacht im Vierten deutschen Reich der „Völker Europas“ zu sein. Derweil rufen die tapferen Schwaben den jetzigen König von Burladingen – den Mann neben dem geilen Fernsehaffen – zum König aller Württemberger Schwaben aus.

Ob sich weiter östlich im Freistaat Bayern nach Einführung der Oktoberfest-Monarchie die Frankenstämme endlich von der Bajuwaren-Fremdherrschaft befreien können oder ob die lutherische Minderheit der Franken zur bayrisch-katholischen Zwangstaufe verdonnert wird, oder ob sie über den Thüringer Wald in Luthers Provinzen vertrieben oder umgesiedelt wird, ist heute auf Grund der deutschen Nebellandschaften schlecht aus dem großen Plan Gottes herauszulesen. Jedenfalls hätten sich dann endlich schon mal ein paar deutsche „Volksstämme“ aus ihrem nationalen „Vielvölkergefängnis“ selbst befreit, indem sie unter ein Provinz-Joch kriechen und zum

³² DPA (01/2017):Verfassungsgericht: Bayern darf Deutschland nicht verlassen.

<https://www.morgenpost.de/politik/article209148993/Verfassungsgericht-Bayern-darf-Deutschland-nicht-verlassen.html>.

³³ Gastbeitrag - Wolfgang Thierse heißt Schwaben in Berlin willkommen. www.morgenpost.de 03.01.2013.

politischen Vasallen eines preußischen Reichsverwesers herabsinken würden.

Die abwertende Tonalität, in der der Seehofer Horst vor und nach der Bayernwahl 2013 seinen Freistaat zum „Vorgarten zum Paradies“ erhob und diesen sich provinziell gerierenden Flecken Erde in seiner November-Regierungserklärung regelrecht kulturrassistisch und sozialchauvinistisch – implizit gegen „Andere“ Regionen Deutschlands – abgrenzte, entsprang der gegenwärtigen ökonomischen Stärke des Provinz-Export-Weltmeisters und seinem geschwellenen Fußballzirkus-Ex-Europameister.

Amigos aller Art bilden den Korruptionssumpf für allerhand in Bayernland. Dies zieht Hasardeure an, die gut fürs Geschäft sind. Von daher konnte der gute Horst, der Seehofer, zurecht für das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ um Steuerhinterzieher, Vetternwirtschaftler und Schmiergeldskandaleure buhlen, denn alle fressen den dort hervorragend aufgestellten großen Einzelkapitalen aus der Hand. Das ist „natürlich“ gottgegeben das „Land der Zukunft“, weil es im Unterschied zu den armen Bundesbrüdern eine finanzierbare Investitionsoffensive ankündigen kann – wofür sie die an die faulen Nord-Brüder abzutretende Knete gut selbst gebrauchen könnten! Immer ist der Einäugige König unter den Blinden. Das bayrische Heilsversprechen lautete 2013 geradezu wolpertinger³⁴ für den deutschen Michel: „Es ist ein Glück in Bayern zu leben!“³⁴.

Das Bauchgefühl der Überlegenheit des industriellen Regionen-Siegers der EU ist den politischen Protagonisten längst als Arroganz der Macht zu Kopf gestiegen: Stoiber fuhr einst im offiziellen Auftrag seines stolzen Freistaat-Wolpertingerlöwens zum Terminator nach Kalifornien, das sich damals als die viertgrößte Volkswirtschaft(!) der Welt bezeichnete. Das alles riecht völkisch und keiner kann heute sagen, ob sich das zu einer bayrisch-völkisch separatistischen Kloake erweitert, da Bayerns (und Baden-Württembergs) Wettbewerbsfähigkeit den anderen Bundesländern davon eilt³⁵.

2012/13 wandelten sich die alten bayrischen Animositäten gegen den preußischen Norden zu ausgesprochenen Unfreundlichkeiten und Herabsetzungen der weniger entwickelten Bundesländer der BRD. Bayerns Einfluss im Bundesrat und in der Regierung gewann 2013 an Gewicht. Bayern spielte auf Basis seiner temporären, relativen ökonomischen Stärke den schwertschwingenden Schuldenbremsen-Kommissar und Wettbewerbs-Zampano im Bundesländer-Gefüge. Frau Merkel hatte nur noch die Oberwächter-Funktion, dass daraus kein richtiger Stunk entsteht. Erz-Angela und ihr deutschnationaler Obereuropäer Schäuble drängen derweil die nichtsnutzigen auswärtigen EU-Kümmerlinge – denen Bayern eh schon den Kampf bis hin zum Euro-Zonen Rausschmiss angedroht hat – laufend zu EU-Vertragsmodifikationen, um sie spitzfindig mit dem Florett fechtend nach deutschem Gusto juristisch an die EU zu fesseln. Schon 2015 wurde Bayerns Machtanspruch zurechtgestutzt. Seine Sonderwege bezüglich neuer Stromtrassenführungen, PKW-Maut, Betreuungsgeld und Asylbewerberückführung endeten mit Niederlagen. Doch Bayerns „Gestaltungsdrang“ wird zurückkehren. Die völkisch-separatistische Büchse der Pandora ist mit der bayrisch plus hessischen Anfechtung des Länderfinanzausgleichs auch in Deutschland unter aller Augen 2013 geöffnet worden. Im Jahre 2017 erwuchs der ewigen süddeutschen regionalistischen Vormacht CDU/CSU mit der AfD ein mächtiger rechtskonservativer Konkurrent, auf dessen nationalistische Politik der Einheit man gespannt warten muss.

F. Deutschlands Destabilisierungspolitik als Risiko seiner Weltmachtträume

Wenn es geostrategisch geboten erscheint, wechselt Berlin wie ein Chamäleon von seiner allgemeinen Linie der Destabilisierung anderer Nationalstaaten ab. Noch Ende Januar 2014 propagierte Bundespräsident Gauck auf der *Münchner Sicherheitskonferenz* unter der Phrase des *Konzepts der Schutzverantwortung* vehement die deutsche Destabilisierungslinie „Menschenrecht bricht Völkerrecht“: „Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der

³⁴ Stumberger, Rudolf (2013): Glücklich, wer in Bayern lebt. www.neues-deutschland.de 13.11.2013.

³⁵ Die Prognos-Studie 2013 belegt die Tendenz zunehmender ungleichmäßiger Entwicklung in der BRD: Zukunftsatlas 2013 - Wie Deutschland auseinanderreißt. www.handelsblatt.com 08.11.2013.

Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen. Hier setzt das 'Konzept der Schutzverantwortung' an: Es überträgt der internationalen Gemeinschaft den Schutz der Bevölkerung vor Massenverbrechen, wenn der eigene Staat dieser Verantwortung nicht nachkommt. Als äußerstes Mittel ist dann der Einsatz von Militär möglich, und zwar nach sorgfältiger Prüfung und Folgenabwägung sowie Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.³⁶

Es war gerade jene Zeit, in der sich Deutschland in unverantwortlich destabilisierender Weise in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischte. Es beförderte als treibende EU-Kraft den Umsturz in Kiew. Nicht einmal drei Monate später nötigte der Anschluss der Krim an die Russische Föderation der deutschen Außenpolitik 2014 eine abrupte Kehrtwendung hin zur offiziellen Verteidigung der völkerrechtlichen Unverletzlichkeit der Grenzen von Nationalstaaten. Der deutsche Expansionsdrang nach Osten war nicht zuletzt auch auf den Zugriff auf die für Russland geostrategisch und militärpolitisch extrem wichtige Krim aus. Deutschland stimmte notgedrungen in den scheinheiligen westlichen Chor der Verdammung Russlands wegen Bruchs des internationalen Völkerrechts durch „Annexion“ der Krim. Berlin steht hinter Kiews Anspruch auf die Krim und die selbstermächtigten Volksrepubliken der Ostukraine. Ebenso steht Deutschland hinter dem Anspruch Georgiens auf Abchasien und Südossetien. Was das alles mit der seit 1900 herumgeisternden deutschen „Orangentheorie“ zur sukzessiven Zerlegung des Russischen Reiches – heute der Russischen Föderation – von dessen Rändern aus zu tun hat, wird in Kapitel 29.1 zur deutschen Kaukasuspolitik zur Sprache kommen. Jedenfalls nimmt kein einziger Staat Deutschlands völkerrechtliche Krokodiltränen bezüglich der Krim nach einem Vierteljahrhundert Destabilisierungspolitik der Berliner Republik ernst. Wie auch, wo sämtliche Staaten sich in der Frage der Anerkennung von Sezessionsstaaten ebenso unter Krokodiltränen taktisch bewegen.

Es klang angesichts der Krisen verstärkenden, erzeugenden, intervenierenden Politik der ungefragten imperialistischen Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Länder der hauptimperialistischen westlichen Kräfte wie ein schlechter Witz, als die G7-Riege 2015 wieder einmal ihr erbärmliches Narrativ verkaufen wollte:

„Handeln auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Prinzipien

Wir, die G7, betonen die Bedeutung von Freiheit, Frieden und territorialer Unversehrtheit, der Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte. Wir unterstützen nach Kräften alle Anstrengungen, die souveräne Gleichheit aller Staaten sowie die Achtung ihrer territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Wir sind besorgt über aktuelle Konflikte, die auf eine Erosion der Achtung des Völkerrechts und der globalen Sicherheit hindeuten“.³⁷

Wie sehr der Separatismus in Westeuropa 2014 das längst ins Rutschen gekommene politische (Un-)Gleichgewicht der Hauptkräfte der EU mit einem Ruck weiter zu Gunsten der BRD verschob, zeigte sich in GB. Das schottische Referendum vom Spätsommer 2014 fiel knapp gegen die Sezession Schottlands von GB aus. Obwohl also GB weiterhin Bestand hat, verschob schon die mit dem Referendum praktisch gewordene innere Instabilität GBs die EU-Dominanz Deutschlands endgültig zur deutschen Vorherrschaft in der EU.

„Newsletter vom 22.09.2014 – Kollateralgewinner - LONDON/BERLIN (Eigener Bericht) - Trotz des ‚No‘ im Referendum über die Abspaltung Schottlands von Großbritannien sagen Experten langfristig weitreichende weltpolitische Folgen der Abstimmung voraus. London wird angesichts des hohen Anteils an Sezessionsbefürwortern einen Umbau seiner staatlichen Strukturen in Angriff

³⁶ Rede Bundespräsident Joachim Gauck: [Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz](#) 31.01.2014.

³⁷ Abschlusserklärung G7-Gipfel. 7.-8. Juni 2015. https://www.g7germany.de/Content/DE/Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?blob=publicationFile&v=4 S. 9. Dass der G7-Gipfel in Deutschland 2015 ausgerechnet die ehemalige „Wirkungsstätte“ für deutsche Innerlichkeit des „Seelenführers“ Johannes Müller-Elmau, des späteren „Denkers“ der *Deutschen Christen* „heimsuchte“, löste schon ein amüsantes Schmunzeln aus, da die vermeintliche deutsche geistige Elite seit den 1950er bis heute gerne auf Schloss Elmau in erbaulichem Ambiente mit Alpenpanorama über die Themen der Zeit sinniert. Die Ortswahl entsprach oberflächlich der Seelenlage der Nation.

nehmen müssen; die nun zur Diskussion stehenden Maßnahmen seien zum Teil einschneidend und stellten die Frage, ‚wo die Macht im Vereinigten Königreich liegt‘, heißt es. Großbritannien werde in den kommenden Jahren stark mit sich selbst beschäftigt und daher mittelfristig, vielleicht sogar auf lange Sicht weltpolitisch geschwächt sein. Die ‚besondere Beziehung‘ zwischen London und Washington werde deswegen an Bedeutung verlieren, urteilt der Präsident des einflussreichen US-amerikanischen Think-Tanks ‚Council on Foreign Relations‘. Die weltpolitische Wende der USA weg vom Atlantik und hin zum Pazifik könne sich damit weiter beschleunigen: ‚Europa‘ sei nicht mehr ‚das Zentrum des geopolitischen Wettbewerbs‘. Gewinner der britischen Schwächung hingegen ist Deutschland.³⁸

Merkels Presseauftritt nach dem schottischen Referendum zeigte eine aufgeräumte Rautenkünstlerin mit ihrem undurchdringlichen Grinsen einer Sphinx. Sie ist sich der weltmachtpolitischen Gefahr bewusst, dass eine zu starke Schwächung der anderen Hauptkräfte der EU einem deutschen Pyrrhussieg gleichkommt. Deutschland kann das ersehnte deutsche „Europa“ nicht alleine stemmen – dafür ist es, was sich als Generallinie des gesamten Textes empirisch erweist, trotz ständigen selbstgefälligen Aufplusterns als Möchte-Gern-Groß allein zu „klein“. Deutschland droht sich mit seinem „Europa“ ökonomisch und politisch zu überheben. Gerade Londons Freihandelspriorität nutzt Berlin allzu gerne zum Zangenangriff auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der lateinischen Achse als kurzfristige Instrumente der Wettbewerbspolitik.

Die Erzkanzlerin wusste, dass schon die bloße ernsthafte Ankündigung des schottischen Referendums den Druck auf London soweit verstärkte, dass Cameron unausweichlich den Schachzug des EU-Austritts-Referendums ziehen musste. Das tat er 2015, er wurde wiedergewählt. London war durch den zunehmenden deutschen Druck zur tiefen Integration der EU in Richtung eines zentralistischen Bundesstaates soweit in die Defensive gedrängt, dass Cameron das EU-Referendum als letzten Befreiungsschlag einsetzen muss. Es ist der letzte britische Zug im Big Game um den grundsätzlichen Integrationskurs Europas. Es begann schon vor 1949, die Stationen des Spiels werden in Teil II behandelt. London steht vor dem Schachmatt. Was dem Michel seit 40 Jahren als „englische Rosinenpickerei“ serviert wird, ist tatsächlich Londons Kampf gegen den deutschen tiefintegrativen Kurs von VSE. London Kurs bildete stets die Speerspitze der Vertreter eines europäischen Staatenbunds mit dem Kern eines freien Binnenmarktes, ohne die Übertragung wichtiger nationaler Souveränitätsrechte an einen nur von Ministerräten ausgekugelten, eigenmächtigen, supranationalen, zentralistischen bürokratischen Apparat unter deutschem Diktat. Dass sich viele Länder der EU in diesem antizentralistischen britannischen Geleitzug befinden, zeigt die Chronologie 2010 bis 2015 des Kampfes um/gegen die VSE in Kapitel 33.3.

Das im Sommer 2016 abgehaltene EU-Referendum ging knapp zu Gunsten des Austritts GB aus der EU aus. Die im März 2017 aufgenommenen Austrittsverhandlungen lähmen alle Beteiligten, nicht nur im Innern. Vielmehr sind Londons diffuse Brexit Verhandlungen schwerer Treibsand im Berliner Getriebe der Vertiefung der europäischen Integration. Dass sämtliche EU-Länder Camerons erste Forderungs-Offensive nach seiner Wiederwahl blockierten, war mehr als verständlich. Keinem EU-Partner stand angesichts der antieuropäischen bis separatistischen populistischen Stimmungen und Bewegungen im Innern der Sinn nach Reform der EU oder nach großbritannischen Sonderregelungen. Alle befürchten, dass der permanente Krisenmodus die EU in die Luft sprengt. Dagegen können auch die schön inszenierten Europa-Reden des Aufstiegers 2017, Macron, nicht wirklich etwas ausrichten.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU beerdigt die deutschen „Europa“-Weltmachtträume endgültig. Das erhoffte „deutsche Europa“ kann ohne konstruktives proeuropäisches Engagement GB’s außen-, sicherheits-, verteidigungs-, und militärpolitisch als selbstermächtigter Weltmachtaspirant nicht satisfaktionsfähig werden gegenüber Washington, Moskau und Peking.

³⁸ Newsletter vom 22.09.2014 - Kollateralgewinner. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58954>.

Ökonomisch bedeutet der EU-Austritt GB ebenfalls einen machtpolitischen Abstieg der EU. Die Summe der BIPs der EU verliert ein entscheidendes Quantum im Ranking der Triade und der BRICS-Staaten. Die Stellung des Finanzmarktes Europa wird auf Grund des Verlustes der überragenden Dimension der Londoner City und deren Bedeutung für die EU gravierend sinken – die Erbschleicher Frankfurt, Paris, Amsterdam, Dublin werden dumm in die Röhre gucken. Die noch so schleimende Werbung der Kanzlerin, Bundespräsident Gauck etc. – Schäuble/Lamers gar mit der Rückerinnerung an ihre Vorschläge und Befürchtungen zum EU-Integrationsprozess in ihrem Papier von 1994 –, im Chor mit der deutschen Bourgeoisie mit Engelszungen um den Verbleib Großbritanniens in der EU stieß auf die tauben Ohren der Deklassierten und von Existenzängsten geplagten lohnabhängigen Klasse Englands. Die politisch demente Hipster-Szene etc. und Spielbeingeneration Londons jault seither im Chor mit der EU-Auslandspresse. Der Brexit ist nicht unmittelbares Thema dieses Kapitels, sondern nur vermittelt über die Problematik der Abspaltungstendenzen der Nationen Schottland, Wales und Nordirlands von GB.

Die regionalistischen Spannungen innerhalb Großbritanniens und deren Rückwirkung auf die machtpolitische Stellung der EU belegen die innere Widersprüchlichkeit der deutschen Destabilisierungspolitik für die deutschen Weltmachtambitionen auf dem Rücken „Europas“. Das schottische Referendum gab dem Separatismus in Europa einen neuen, starken, weil scheinbar „demokratisch“ legitimierten Schub³⁹.

Die krisengetriebene Dynamisierung der Separationsbestrebungen in Europa ruft ihrerseits auch sendungsbewusste Leichenfledderer der besonderen Art auf den Plan. So brachte die wichtigste deutschsprachige Tageszeitung der Schweiz als Leitartikel die „sinnstiftenden Phantasien“ einer Großschweiz. Hierin wurden sämtliche prosperierende Anrainer-Regionen der Nachbarländer eingeladen, der Schweizer Eidgenossenschaft beizutreten. Sie führte sage und schreibe 13 Regionen außerhalb der heutigen Schweiz auf, u.a. Bayern, Baden-Württemberg, Elsass sowie die südlicheren französisch-schweizer Grenzregionen, Vorarlberg, die norditalienischen Regionen⁴⁰. Es wäre die Ansammlung der kontinentaleuropäischen ökonomischen „Perlen“-Regionen als neue Großschweizer Eidgenossenschaft – eine wahre Sammlung neureicher, völkisch-europäischer Wald-, Wiesen-, Wasser- und Gebirgskäuze.

G. Über Nationalismus vs. Völkische Ideologie

Sämtliche vorstehende Spielarten des europäischen völkischen Separatismus sind Ausdruck der ungleichmäßigen Entwicklung der Regionen innerhalb der Nationalstaaten und der hieraus resultierenden regionalen Verteilung des Steueraufkommens der Zentralregierung. Die neue europäische separatistische Aufwallung hat offensichtlich grundlegend ökonomischen Charakter. Die Partikularinteressen des Wirtschaftsbürgers (*homme bourgeois*) werden durch den sich selbstermächtigenden völkischen „Staats“bürger (*homme citoyen*) zu Allgemeininteressen der reicheren Regionen verklärt. Als politische Bewegung operiert der europäische Separatismus offen mit herabsetzenden, sozialchauvinistischen, provinziellen Absetzungsmustern gegenüber der weniger entwickelten Restnation. Die dabei ablaufende Selbstüberhöhung und Selbstlegitimierungsversuche wirken nur gespenstig und grotesk. Der peinlich herausposaunte „Stolz“ auf die völkische Region als selbstsuggerierte „Nation“ erscheint in der EU 2015 als Regression bis an die Grenze eines fiktiven Stammesbewusstseins. Sämtliche Separatismen graben tief in der feudalen Mottenkiste, um ihre „Souveränität“ aus Zeiten der Unterdrückung und des heroischen Widerstands ihrer Vorfahren mythologisch herzu-leiten.

³⁹ Siehe: Hanke, Thomas/Meyer, Steffen Daniel/Ludwig, Thomas/Hackhausen, Jörg (2014): Das Europa der Separatisten. www.handelsblatt.com 12.09.2014.

⁴⁰ Gemperli, Simon (2014): Sinnstiftende Phantasien einer Grossschweiz. <http://www.nzz.ch/schweiz/sinnstiftende-phantasien-einer-grossschweiz-1.18360200> 11.08.2014.

Daher nochmal zur Ideologiekritik des Nationalismus von Adorno, die in Teilband I/1, Kapitel 15, herangezogen wurde, um die Problemlage der Leerstelle der deutschen nationalen Identität und die zwanghaften Versuche von Politik, Ideologieproduzenten und Medienapparat, diese Leere aufzufüllen, zu verdeutlichen. Er schrieb 1960 – in der Zeit der großen Blockbildungen, der „Versöhnung“ der europäischen Hauptkräfte und dem Aufwallen der nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonialländer – in „Meinung Wahn Gesellschaft“ unter anderem:

„Die charakteristische Gestalt absurder Meinung heute ist der Nationalismus. Mit neuer Virulenz steckt er die gesamte Welt an, in einer Phase, in der er zugleich durch den Stand der technischen Produktivkräfte, die potentielle Bestimmung der Erde als eines Planeten, zumindest in den nicht unterentwickelten Ländern, seine reale Basis verloren hat und gänzlich zu der Ideologie geworden ist, die er freilich immer auch schon war. Im Privatleben ist Selbstlob und was ihm ähnelt anrühlig, weil Äußerungen solchen Sinnes allzuviel von der Übergewalt des Narzißmus ausplaudern. Je befangener die Individuen in sich selbst sind und je verhängnisvoller sie die Einzelinteressen verfolgen, die in jener Gesinnung sich abbilden und deren sture Gewalt auch wiederum von ihr verstärkt wird, desto sorgfältiger muß eben dies Prinzip verschwiegen, muß unterstellt werden, es gehe, wie der nationalsozialistische Slogan lautete, Gemeinnutz vor Eigennutz. Gerade die Kraft des Tabus über dem individuellen Narzißmus jedoch, dessen Verdrängung, verleiht dem Nationalismus die perniziöse Macht. Im Leben des Kollektivs geht es anders zu als nach den Spielregeln in den Beziehungen zwischen den Individuen. Schon bei jedem Fußballmatch jubelt die jeweils einheimische Bevölkerung unter Mißachtung des Gastrechts schamlos dem eigenen Team zu; der heute nicht umsonst so gern en canaille behandelte Anatole France konstatierte in der 'Insel der Pinguine', daß jedes Vaterland über allen in der Welt ist. Man müßte nur die Normen des bürgerlichen Privatlebens ernst nehmen und zu gesellschaftlichen erheben. Aber eine derart gutmütige Empfehlung verkennt die Unmöglichkeit, daß es dazu komme unter Bedingungen, die den Einzelnen solche Versagungen auferlegen, ihren individuellen Narzißmus so konstant enttäuschen, sie real so sehr zur Ohnmacht verdammen, daß sie zu kollektivem Narzißmus verurteilt sind. Ersatzweise zahlt er ihnen dann gleichsam als Individuen etwas von jener Selbstachtung zurück, die ihnen dasselbe Kollektiv entzieht, von dem sie die Rückerstattung erhoffen, indem sie wahnhaft mit ihm sich identifizieren. Der Glaube an die Nation ist mehr als jedes andere pathische Vorurteil die Meinung als Verhängnis; die Hypostasis dessen, wozu man nun einmal gehört, wo man nun einmal steht, als des Guten und Überlegenen schlechthin. Er bläht die abscheuliche Notstandsweisheit, daß wir alle im gleichen Boot sitzen, zur moralischen Maxime auf. Gesundes Nationalgefühl vom pathischen Nationalismus zu scheiden, ist so ideologisch wie der Glaube an die normale Meinung gegenüber der pathogenen; unaufhaltsam ist die Dynamik des angeblich gesunden Nationalgefühls zum überwertigen, weil die Unwahrheit in der Identifikation der Person mit dem irrationalen Zusammenhang von Natur und Gesellschaft wurzelt, in dem die Person zufällig sich findet.

Angesichts alles dessen bleibt es bei dem Diktum Hegels, der bereits den Widerspruch im Inneren des Begriffs der öffentlichen Meinung selbst gewahrte, ehe er sich real voll entfalten konnte: die öffentliche Meinung sei zugleich zu achten und zu verachten. Das Paradoxon rührt nicht von schwankender Unentschiedenheit derer her, die über Meinung nachzudenken haben, sondern ist unmittelbar eins mit dem Widerspruch der Realität, der die Meinung gilt und von der die Meinung produziert wird. Keine Freiheit ohne die Meinung, die von der Realität abweicht; aber solche Abweichung gefährdet die Freiheit. Die Idee der freien Meinungsäußerung, die von der Idee einer freien Gesellschaft gar nicht getrennt werden kann, wird notwendig zu dem Recht, die eigene Meinung vorzubringen, zu verfechten und womöglich durchzusetzen, auch wenn sie falsch, irr, verhängnisvoll ist. Wollte man aber darum das Recht der freien Meinungsäußerung beschneiden, so steuerte man unmittelbar auf jene Tyrannei los, die freilich mittelbar in der Konsequenz von Meinung selbst liegt. Der Antagonismus im Begriff der freien Meinungsäußerung läuft darauf hinaus, daß dieser die Gesellschaft als die von Freien, Gleichen und Mündigen setzt, während ihre eigene reale Einrichtung all das hintanhält und einen Zustand permanenter Regression der Subjekte produziert und reproduziert. Das Recht auf freie Meinungsäußerung unterstellt eine Identität des Einzelwesens und seines Bewußtseins mit dem rationalen Gesamtinteresse, welche in eben der Welt

verhindert wird, in der man sie der Form nach als gegeben ansieht.“⁴¹

Der gesamte Teilband I/1 war ein einziger empirischer Nachvollzug,

- wie sich die Selbstüberhöhung als Nation,
- die Selbstgefälligkeit der Arroganz der Macht,
- die Selbstgerechtigkeit als „gütiger EU-Hegemon“,
- die Selbstzuweisung als Bannerträger der Menschen- und Minderheitenrechten
- mit der zunehmenden Vormachtstellung Deutschlands in der EU in der veröffentlichten und privaten Meinungsmache der Deutschen nach 1990 etappenweise mit den deutschen außenpolitischen „Erfolgen“ steigerte.

Dass sich unter der zwangsweise selbstauferlegten offiziellen deutschen Fokussierung auf „Europa“ ein Wildwuchs deutscher völkischer Versatzstücke eines erneuten teutonischen Grauens zusammenbraut, liegt auf der Hand. In den anderen Flächenstaaten der EU läuft es spiegelbildlich ab. Deren relative ökonomische Schwäche zieht seit 25 Jahren ihren politischen relativen Abstieg im EU-Machtgefüge soweit nach sich, dass diese Nationalstaaten Deutschlands Druck zur tiefen EU-Integration nachgeben müssen. Dies verstärkt die von wieder aufgegriffenen antideutschen Ressentiments befeuerten Nationalismen und die quer darunter brodelnden breit aufgestellten antizentralistischen, sezessionistischen Provinzkräfte in den relativ zurückfallenden EU-Ländern.

Wer rational gegen die staatliche Loslösung von Regionen von Nationalstaaten argumentiert, steht hilflos vor der Flachheit der lebensphilosophischen Ergüsse der Befürworter der regionalistischen „Gliederung“ Europas. Sie bilden längst penetrante Meinungskartelle. Geradezu erbittert arbeiten sie an der Zerlegung der verteufelten Zentralstaaten durch Hervorhebung vermeintlicher Überlegenheit jedweden provinziellen Miefs.

In Kataloniens Abspaltung als Krise Spaniens sieht z.B. die Professoral-Autorin U.G. ihre Stunde gekommen zur Propagierung eines „Europa der Regionen“⁴². Sie drehte den Spieß um und legt zum x-ten Mal, diesmal unter Trommelwirbel, ihr Plädoyer für die postnationale – irgendwie „friedliche“ – Aufgliederung „Europas“ in 50 + x Regionen. Die Dame ist Teil einer großen, prominenten, einflussreichen europäischen Clique, die publizistisch und politisch den Regionalismus fördern.⁴³ Wenn die Dame suggeriert, dass eine Gliederung Europas in Regionen Deutschlands Übermacht überwindet, so sei ihr empirisch entgegengehalten, dass die entwickelten Regionen schwerpunktmäßig eine Bananenform von Südengland über Holland/Flandern entlang der Rhein-Main-Neckar-Linie, Oberbayern umfassend bis Oberitalien abdeckt. Gemäß dem zitierten Einmaleins des Werner Daitz hat auf diesem Territorium der Nationalstaat Deutschland die Vorherrschaft. Aber vielleicht können uns die Übergelehrten noch mitteilen, wie denn die Funktionen des Nationalstaates umgesetzt werden sollen in ihrem friedseligen Regio-Himmelreich. Zentralistisch von Brüssel aus nach Subsidiaritätsprinzip? Sollen nationalstaatliche Souveränitätsrechte in regionalen Institutionen vervielfältigt werden, Parlamente en masse? Geht die Nationalökonomie samt Konkurrenz der Nationen über in regionalistische Strukturen unterhalb anerkannter Staatlichkeit. Soll eine „Republik Europa“ der Regionen zentralistische Regierung, Exekutive und homogenes Recht auf riesigem Territorium herausbilden?

Solche und andere politisch-ökonomische, juristische, bildungs- und gesundheitliche Fragen verallgemeinerter Regionen-Bildung gehen in ideologisch und affektiv hoch aufgeladenen Meinungsblasen unter – denn Separatisten steigern sich oft in einen solch fanatischen Identitätswahn wie der Fußballanhang der dazugehörigen erfolgreichen großen Fußballvereine. Die neurechte europaweit agierende Identitäre Bewegung ist nicht von ungefähr affin der

⁴¹ Adorno, Theodor (1960): Meinung Wahn Gesellschaft. In: Adorno, Theodor (1977): Kulturkritik und Gesellschaft II, Eingriffe. Neun Kritische Modelle. Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, S. Fischer, Frankfurt a.M. S. 588 ff.

⁴² Guérot, Ulrike (10/10/2017): In Spaniens Krise offenbart sich eine neue EU. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/katalonien-krise-spanien-eu-zukunft-unabhaengigkeit?page=3#comments> .

⁴³ Newsletter 11.10.2017 - Macht in der Mitte - Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59693> .

regionalistischen Identitätsbildung.

Die Grenze von einem „gesunden“ Patriotismus zu den psychisch-pathologischen völkischen Regio-, „Nationalismen“ existierte nie. Vielmehr lag letzterer längst quer zum Nationalismus in einem Morast von gegenseitigen Ressentiments der Provinzen, bevor sie in den Nationalstaaten aufgingen. Die Ressentiments gegenüber den anderen sogenannten Landsmannschaften überdauerten modifiziert als beharrliche Momente des völkischen mentalen Fels einer Gefühlsduselei, genannt Heimat. Sie sind inhaltsleere Teilmomente einer vielstufigen Kaskade von individuellen und kollektiven Vorurteilen zur Selbstüberhöhung und regionalen Identitätsstiftung durch Abgrenzung. Die völkischen Ideologien der gegenwärtigen europäischen Separatismen ahmen auf der Folie dieser Ressentiments in regressivster Art und Weise die pathologischen nationalen Irrationalismen der Identitätsbildung von Individuum und bürgerlichem Nationalstaat nach. Als ideologische Grundlage der Sezessionsbestrebungen verschleiern die völkischen Gemeinschaftsideologien nur die ökonomischen Partikularinteressen der Protagonisten. Unter der Hand läuft die Balkanisierung Europas seit 1990.

Zum Widerspruch von Überholtheit und Aktualität des Nationalismus schrieb Adorno 1959:

„Nationalismus heute ist überholt und aktuell zugleich. Überholt, weil angesichts der zwangsläufigen Verbindung von Nationen zu Großblöcken unter der Suprematie der mächtigsten, wie sie allein schon die Entwicklung der Waffentechnik diktiert, die souveräne Einzelnation, zumindest im fortgeschrittenen kontinentalen Europa, ihre geschichtliche Substantialität eingebüßt hat. Die Idee der Nation, in der einmal sich die wirtschaftliche Einheit der Interessen freier und selbständiger Bürger gegenüber den territorialen Schranken des Feudalismus zusammenfaßte, ist selbst, gegenüber dem offensichtlichen Potential der Gesamtgesellschaft, zur Schranke geworden. Aktuell aber ist der Nationalismus insofern, als allein die überlieferte und psychologisch eminent besetzte Idee der Nation, stets noch Ausdruck der Interessengemeinschaft in der internationalen Wirtschaft, Kraft genug hat, Hunderte von Millionen für Zwecke einzuspannen, die sie nicht unmittelbar als die ihren betrachten können. Der Nationalismus glaubt sich selbst nicht ganz mehr und wird doch politisch benötigt als wirksamstes Mittel, die Menschen zur Insistenz auf objektiv veralteten Verhältnissen zu bringen. Daher, als ein sich selbst nicht ganz Gutes, absichtsvoll Verblendetes, hat er heute die fratzenhaften Züge angenommen. Sie haben ihm, der Erbschaft barbarisch primitiver Stammesverfassungen, freilich nie ganz gefehlt, waren aber doch so lange gebändigt, wie der Liberalismus das Recht der Einzelnen auch real als Bedingung kollektiver Wohlfahrt bestätigte. Erst in einem Zeitalter, in dem er überschlug, ist der Nationalismus ganz sadistisch und destruktiv geworden.“⁴⁴

Insbesondere mit der sogenannten Globalisierung und der Einführung der Eurozone schien so manchem Zeitgeist das postnationale Zeitalter anzubrechen. Mit der Weltwirtschaftskrise kehrten nach 2006 jedoch auch innerhalb der EU nationale protektionistische Tendenzen zurück. Mit der Zunahme der zentrifugalen ökonomischen Kräfte in der EU und innerhalb der Nationalstaaten gewannen antieuropäische Bewegungen, nationalistische Parteien und separatistische Forderungen Auftrieb. Dabei gilt die historische Überholtheit und inhaltliche Hohlheit für die postmodern regionalistisch daherkommenden völkischen Gemeinschaftsideologien in Europa noch ungleich stärker als für die damaligen Befreiungsnationalismen der Kolonialländer der drei Kontinente.

Letztere kämpften in Volksfronten gegen brutalste Unterdrückung und Ausbeutung um ihre „nationale“ Befreiung von ihren Kolonialherren. Nationalismus war für sie ein positiv unterstützender Motor ihrer Motivation, für ihre Nation zu kämpfen und zu sterben, war Ehrensache. Sie waren dabei gezwungen, für eine „Nation“ innerhalb der ihnen von letzteren aufgezwungenen Kolonialgrenzen zu kämpfen. Diese waren von den konkurrierenden Kolonisten

44 Adorno, Theodor (1959): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit [1959]. In: Adorno, Theodor (1977): Kulturkritik und Gesellschaft II, Eingriffe. Neun Kritische Modelle. Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, S. Fischer, Frankfurt a.M. S. 555-572.

zwecks „Teile und Herrsche“ bevorzugt mitten durch Stammesgebiete gelegt worden. Das hieß, die Befreiungsnationalismen Afrikas und Asiens mussten zumindest die Vorgaben der großgewichtigen Ethnien im gemeinsamen Kampf zu einem ideologischen Amalgam verschmelzen. Sie konnten die bürgerliche Revolution nur formal nachahmen. Der Wirtschaftsbürger als materieller Träger und dessen proletarischer Wasserträger fehlten als Träger und Akteure der ideologischen Propaganda und politischen Aktion. Die rudimentären „Staatsapparate“ wurden mit dem importierten, bei den Kolonialherren elitär ausgebildeten Nachwuchs des Stammesadels bestückt. Nach dem Nadelöhr der Befreiung zerfielen die Volksfronten in ihre Clan- und Stammesstrukturen als einzigem existenziellem Rückhalt.

Dass die postkolonialen Staatsapparate und Regierungen jene Strukturen abbildeten und in steten Interessenkämpfen ein fein gesponnenes Netz von Korruption gedieh, war schon kolonial vorgezeichnet. Inzwischen haben sich viele Staaten Südostasiens und manche Staaten im südlichen Afrika scheinbar stabilisiert. Unter der Hand schwelen jedoch schwere Interessenskonflikte vorbürgerlicher, ethnisch oder religiös geschürter Interessengemeinschaften als machtpolitische Instrumente weiter. Die postkolonialen Nationalismen greifen alle auf präkoloniale Wertesysteme zurück. In vielen anderen multiethnischen Staaten vor allem Afrikas ist die Destabilisierung so weit vorangeschritten, dass die Endmoränen jener Clan-, Stammes- und inzwischen Mafiastrukturen in die Vorderhand gelangen und in Bürger- und Sezessionskriege übergehen. Soviel zum Zustand postkolonialer Nation-Building.

Wenn sich nun – trotz des seit einem Vierteljahrhundert zunehmenden globalen Hexensabbats des völkischen Veitstanzes und ethnischer Parzellierung als medialem Livestream – die Katalanen folkloristisch zu hunderttausenden am Neckermann-Strand aufreihen, um auf dem Spielbein in exklusivem astreinen Katalanisch für ihre ethnisch-„nationale“ Unabhängigkeit zu demonstrieren, steht die Frage: Ist der Biedermeier wirklich so naiv oder ist er ein verbiesterter Brandstifter? Sie müssten gerade aus den Erfahrungen der Vorzeit des spanischen Bürgerkrieges vom schlimmsten Szenario eines Sezessionskrieges ausgehen. Denn ohne Wenn und Aber wird der unnachgiebig separatistische Vorstoß der *Republikanischen Linken Kataloniens* das zerfranste ultranationalistische spanische rechte Lager bis hin zu den Endmoränen der Falange einigen und brutal militarisieren. Welcher völkische psychopathologische Wahn vermag das Risiko eines Bürgerkrieges verdrängen? Welche existentiellen partikularen Vorteile lohnen, dieses Risiko einzugehen? Worin soll die heutige spanische „Fremdherrschaft“ über die Katalanen, die britische über die Schotten, usw. liegen? Die Unterdrückung der Kultur und Sprache hat sich ja zum Teil gerade umgekehrt zur katalanischen Intoleranz gegenüber allem Spanischen. Die gegeneinander vorgebrachten Vorwürfe der Überheblichkeit verweisen eher auf Animositäten allseitiger Minderwertigkeitskomplexe als auf den schmerzhaften Nachvollzug feudaler oder francofaschistischer Unterdrückung ihrer Ahnen. Ein intensionaler, lächerlich heroenhafter Schöpfungs-Gründungsmythos der Grafschaft Barcelona durch den haarigen Wilfried, gesponsert vom kahlen Karolinger Karl, lockt wohl kaum Barcelonas Hipster zu ethno-nationalistischen west-ost-gotischen Wallungen.

Katalonien belegt wieder einmal die geschichtliche Kontinuität der regressiven Stoßrichtung des voluntaristischen kleinbürgerlichen Linksradikalismus. Die CUP stellte sich erst seit 2012 als territorial begrenzt verankerte Liste zur Regionalwahl und erreichte 2015 ca. 8%. Diese anarchistische Spielart regionalen Wahns pushte in Regierungsmitverantwortung verbissen die Umsetzung des Referendums 2017. Sie gebärdet sich als radikaler Totengräber des Zentralstaats Spaniens und möchte Katalonien aus der EU loseisen. Ihr Ziel ist nicht weniger als die Vereinigung aller 'Katalanischen (sprachigen) Länder', angefangen in Südfrankreich, Andorra, Teile Valencias, Aragons, Murcias, die Balearen sowie Alghero als katalanisch sprachige Stadt im Nordwesten Sardinien! Die linksradikale CUP ist ein leuchtendes Beispiel für die deutsche völkische Auffassung von der identitätstiftenden Sprachgemeinschaft als Kulturnation und deren „Naturrecht“ zur Staatsbildung, koste es, was es wolle – notfalls unter Inkaufnahme der Zerstörung existierender Nationalstaaten.

Wie breit die separatistische Stumpfheit verbreitet ist, zeigt sich in der Wortwahl der Sprachkatalanen in Südfrankreich. Dieser, aus geostrategischen Gründen verkürzter Grenzföhrung von Frankreich 1659 annektierte, sich selbst als Nordkatalonien (500 Tsd. Einwohner, ca. 20% Katalanen) bezeichnende Grenzstreifen unterstützte das Referendum im Süden logistisch mit Materialverstecken und Stimmzettel-/Urnentransporten. Die dortige Bewegung „Ja zu einem Land Katalonien“ fordert ganz unschuldig mehr Autonomie für die Nordkatalanen mit eindeutigen Losungen wie „Weder Frankreich, noch Spanien, sondern ein Land Katalonien“. Sie lieferte sich die letzten Jahre manche Sticheleien durch Übermalen der französisch gehaltenen Ortsschilder mit katalanischen Namen. Der proseseparatistische Tenor des FAZ-Autors spricht gar von „Brüder im Süden“. Dabei bleibt unklar, ob der Autor aufheizt oder die Nordkatalanen tatsächlich den Mief der Kuhstallwärme suchend in völkischer Blut- und Bodenideologie zu „Brüder“ regredieren.⁴⁵

Man mag über den „Wunsch“ nach provinzieller völkischer „staatlicher Unabhängigkeit“ als Anachronismus einer sich dynamisch globalisierenden Welt den Kopf schütteln. Welchen profanen Zweck das erhabene daherkommende Brimborium als selbststilisierte „Kulturnation“⁴⁶ verfolgt, quillt allerdings aus jeder geschriebenen Zeile und jedem gesprochenen hehren Wort. Denn, ob die europäischen Separatisten auf stammesgeschichtlich ritualisierte „direkte Basisdemokratie“ nach dem Sendungsbewusstsein der Schweizer Eidgenossenschaft oder dem Anthroposophen-Osterhasen setzen, oder ob sie postmodern oder „postnational“ mit regionaler „Authentizität“, mit „kultureller Autonomie“, mit „politischer Transparenz“, „Antikorruption“ oder „ökologischer Nachhaltigkeit“ hausieren gehen, stets sind es durchschaubare lebensphilosophische, völkische Phantasmen als massenmobilisierende, gemeinschafts-kittende Manövriermittel der politischen *Durchsetzung ökonomischer Partikularinteressen*.

Die aktiven Separatisten gehen – sich arglos gebend, auf das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker pochend – das Risiko des Bürgerkriegs offensichtlich mit Berechnung auf einen großen Protektor ein. Was den existierenden „zentralen“ Nationalstaat betrifft, so scheinen die Separatisten jede destruktive Hemmung abgestreift zu haben. Dessen Zerstörung und deren politische Folgen scheint ihnen im Gegenteil eher rachelüsternd große Genugtuung zu bereiten. Denn der potentielle Status als anerkannter, souveräner separierter „Staat“ geht einher mit der Existenzbedrohung des betroffenen als teuflisch angesehenen Zentralstaats. Durch die tatsächliche Sezession einer bedeutenden, reichen Region stürzt der entsprechende Zentralstaat im Machtgefüge der EU unweigerlich ab. Dass, nebenbei bemerkt, der zu errichtende Regio-X-Staatsapparat samt Militär nicht billiger zu haben sein wird, als die bisherigen Verteilungsmodi des nationalen Steueraufkommens, dürfte den Provinzpokergesichtern klar sein – vielleicht schickt ja der Papst seine Schweizer Garde als billiges schwarzes Verteidigungsbataillon.

Dem neuen Zwergstaat samt seinen Zwergen mag vor völkischem „Stolz – Stolz- Stolz“ der Kropf platzen, seine „Souveränität“ ist formaler Natur. Der Sezessionsstaat kann nur als politischer Vasall des Hegemons politisch innerhalb der EU existieren. Der Weg dorthin ist ebenfalls nur mit einem

⁴⁵ Freidel, Morten (08/10/2017): Die Brüder im Süden haben es besser.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/barcelona-bekommt-unterstuetzung-aus-frankreich-15235899-p2.html>.

⁴⁶ Man betrachte den Bilderreigen des katalanischen Fronleichnamsfests La Patum, 2015: 10 fotos que demostren perquè la Patum és una festa especial. <http://www.regio7.cat/bergueda/2015/06/05/10-fotos-que-demostren-patum/316754.html>. 06.06.2015. Wer meint, dass sei nur Folklore, blendet die Bedeutung der Allgegenwart der katalanischen Flagge aus. Deren fünf rote Streifen stammen ja vom Blut des haarigen Wilfried, gezeichnet vom Lehnsheer, der den verletzten Grafen betatschte, oweia! Ein solcher Reigen feudaler und katalanisch spezifischer klerikaler Bezüge scheinen den mythischen Kitt für die runderneuerte völkische Ideologie als Kulturnation abzugeben, um den ersehnten „Staat“ durchzuboxen. An der Spitze katalanischer Identitätsstiftung stehen fraglos die Mythen, die um das Kloster Monserrat und deren Madonna gerankt werden. Dass das Abspielen der spanischen Nationalhymne im Stadion Barcelonas niedergeschrien wird, gehört inzwischen zum guten Ton der „stolzen“ Katalanen. So erscheint es auch verständlich, wieso der sich als „stolzer“ katalanischer Sezessionist outende Ex-FC Bayerntrainer P. Guardiola so häufig mit geschwollener Brust und bedeutungsschwangerer Stimme von seinem „Stolz“ auf seine Mannschaft schwallte – wie gut oder schlecht sie auch immer spielte.

Protector machbar. Für seine „Geburtsurkunde“ benötigt der Sezessionsstaat die Unterschrift eines faktischen EU-Reichsverwesers, ein EU-/Euro-Beitritt kann nur ohne Veto der anderen EU-„Partner“ folgen. Wie unergründlich tief muss ein völkischer psycho-pathologischer Wahn gehen, um den immerhin mehr schlecht als recht funktionierenden zentralen Nationalstaat – einschließlich des selbstgeschaffenen eigenen Zwergenstaats – in einen Trümmerhaufen der Geschichte zu verwandeln?

Völkische Separatisten in Europa haben ihren ideologischen und volkstumpolitischen Patron schon seit den 1920er Jahren im völkisch grundierten Reichskonzept Deutschlands⁴⁷. Dieses korrespondiert ideologisch und bevölkerungspolitisch bezüglich Europa mit einem Reich der europäischen Völker unter deutscher Führung als dem bevölkerungsreichsten „Volk“ anstatt einer politischen Union gleichberechtigter Nationalstaaten. Erinnert sei an die in Kapitel 24.2. zitierte Herabsetzung der Nation als bloße „Idee“ durch die deutsche Überhöhung einer fiktionalen Volkszugehörigkeit als Identitätsstiftung, u.a. durch Herrn Schäuble. In solchen ideologischen Kampfansagen liegt die unausgesprochene Destabilisierung Europas als Bund bürgerlicher Nationalstaaten. Frau Thatcher sah – wie in Kapitel 20 zitiert – die hohe Zustimmung der Deutschen zu einer tiefen europäischen Integration bis zu einem Bundesstaat u.a. als Ausdruck der „German Angst“ vor der Selbsterkenntnis als Nation ohne eigene, schmerzfreien Nationalstolz generierende, bürgerliche nationale Identität.

Daher schien es für die BRD nach 1957 ein ideales Ausweichmanöver, die Werbetrommel für eine imaginäre Identität von „Europa“ zu rühren. Dabei sollte man sich allerdings des schon mehrfach angeführten Leitspruchs des Ober-NS-Europäers Werner Daitz von 1940 erinnern: „Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geografischen Lage.“⁴⁸ Um die prekäre Formel „Europa“ als Chiffre der Vorherrschaft Deutschlands im Staatsgefüge Europas weiß jede europäische Nation. Zudem sind die Nationalismen aller EU-„Partner“ gerade durch ihre geschichtlichen „Erfahrungen“ mit dem „hässlichen“ Deutschland nachhaltig geprägt und modifiziert worden. Mit den zunehmenden deutschen EU-„Integrationserfolgen“ ebte der Ruf nach einer Identitätsbildung „Europa“ ab. Die mit der Weltwirtschaftskrise wiedergekehrte *offene* wilhelminische Neuordnungspolitik Deutschlands in Europa hat den deutschen Wunschtraum der Identitätsfindung für „Europa“ dann sang- und klanglos platzen lassen.

Statt europäischer Identitätssuche/-findung werden die nationalen Protektionismen seit 2007 krisenbedingt stimuliert. Deutschlands EU-Kurs nach Gutsherrenart reanimiert die antieuropäischen nationalen Chauvinismen der rechtspopulistischen Bewegungen und reaktionären Parteien in sämtlichen EU-Staaten. Die antideutschen Ressentiments wurden in den europäischen Ländern kräftig wiederbelebt – bisher versuchen die offiziellen Kanäle der EU-„Partner“ ihren Unmut zu kanalisieren. Mit welchen regressiven Ideologieversatzstücken der deutschen Opfer-Täter-Verschiebungen das Vakuum der deutschen nationalen Identität gefüllt wird, falls das „deutsche Europa“ zerfällt, mag man sich angesichts des aufwallenden national-konservativen Grundrauschens in der BRD gar nicht ausmalen.

Gerade die gegenwärtige Totenstille offizieller deutsch-nationaler Töne und die deutsche „Sorge“ um „Europa“ bringen die Deutsch-Nationalen zur Weißglut und reizen die Separatisten aller Länder, hemmungslos ihrem „Regionalismus“ zu frönen. Deutschlands potentiellen machtpolitischen Vorteilen des „Teile und Herrsche“ über ein informelles Reich europäischer völkischer Zwergstaaten⁴⁹ steht inzwischen das Risiko des Verlustes jenes „deutschen Europas“, –

⁴⁷ Conze, Vanessa (2005): Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970). Oldenbourg, München. Siehe auch: Grunert, Robert, (2012): Der Europagedanke westeuropäischer faschistischer Bewegungen 1940-1945. Paderborn.

⁴⁸ Daitz, Werner (1940): Denkschrift betreffend der Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft.

⁴⁹ Nur wer die Augen vor den völkischen, rechtspopulistischen und protofaschistischen Entwicklungen in Europa

einer EU von 40 sich attentistisch partikular-interessiert ankeifenden Kleinst“staaten“ – gegenüber, das machtpolitisch auf Augenhöhe mit den Weltmächten agieren sollte (*Zwangsgemeinschaft der Vasallen Deutschlands in Europa ZVDE vs. Vereinigte Staaten von Europa VSE*).

Die BRDeutschland wird die völkischen, separatistischen Geister in Europa nicht mehr los, die sie seit ihrer Gründung mit den Instrumenten altbekannter Sprachminderheiten-Volkstumspolitik gepöppelt hat. Die bluttriefende Fratze der Balkanisierung lauert daher überall in Europa. Wer der Autosuggestion erlegen sein sollte, der dünne Firnis der Zivilisation der Gesellschaften der westeuropäischen Staaten sei resistent gegen den Rückfall in den völkischen Furor, müsste durch das „Anschauungsmaterial“ des durchgängigen Hexensabbats des letzten Vierteljahrhunderts eines Besseren belehrt worden sein. Der Furor der völkischen Hölle entfaltete sich beim Zerfall Jugoslawiens⁵⁰, in den Bürgerkriegen der Failed States der oben erwähnten postkolonialen Länder Afrikas und des islamischen Gürtels, aber auch in den Sezessionskriegen Südossetiens, Abchasiens, Tschetscheniens und gegenwärtig in der Ukraine in rasender Geschwindigkeit in kaum für möglich gehaltenen schrankenlos barbarischen Exzessen.

Dass der Bestand der bürgerlichen Staaten hier im Text hochgehalten wird gegenüber den ethnozentristischen Sezessionen, liegt keineswegs an der Glorifizierung des Nationalstaats – der tatsächlich zusammen mit dem System der Lohnarbeit in die Mülltonne der Geschichte gehört – sondern an dem destruktiven Charakter der Auflösung des Nationalstaats in einen Flickenteppich regressiver völkischer Provinzgebilde unter der Obhut des Hegemons. Eine Welt, deren Produktivkräfte weit über den nationalen Rahmen drängen, nach altem feudalen Muster in ethnisch abgegrenzte staatsähnliche Kleinräume zerlegen wollen, heißt, die Produktivkräfte noch partikularer einhegen zu wollen. Insbesondere der national-gesellschaftliche Gesamtarbeitsprozess und der ihn bewältigende gesellschaftliche Gesamtarbeiter werden in provinzielle Stückwerke zerlegt.

Für das Proletariat folgt zusätzlich zu den schon vorhandenen Spaltungen, dass in solchen Zerstückelungen sinnloser Grabenkämpfe seine Kampfbedingungen nochmals stärker geschwächt werden als im nationalen Rahmen. Den Staat nach vorne auflösen hieße, das Proletariat emanzipiert sich, nimmt die gesellschaftliche Planung und Umsetzung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit selbstermächtigend in die eigenen Hände, überwindet somit die Formen von Lohnarbeit, Kapital, die Klassenspaltung der Gesellschaft und den Staat. Dazu in Teil III der Arbeit. Angesichts der unvorstellbaren europäischen separatistischen Regression in mittelalterlichen Sumpf erscheint die Darstellung einer proletarischen Linie der Selbstermächtigung allerdings gegenwärtig als naive Utopie ohne jede realistische Substanz. Daher wird an dieser Stelle wohlweislich darauf verzichtet.

Nach allem hier Gesagten wird der Verlauf der Sezessionsbestrebungen Kataloniens die gegenwärtige Feuerprobe für Deutschlands Verhältnis zur völkerrechtlichen Integrität nationalstaatlicher Grenzen und völkischen Separatismus in Westeuropa sein. Die für September 2015 neuangesetzten Regionalwahlen sollten nach Vorgabe der regierenden separatistischen Parteien zugleich ein Plebiszit für oder gegen die Unabhängigkeit Kataloniens sein.

Letztendlich vollzogen die Separatisten Anfang Oktober 2017 endlich eine Abstimmung, die sie selbst, trotz Verbots durch die spanische Verfassung, durch die Regierung und das angerufene Verfassungsgericht, als legitimes Referendum ansahen und als Auftrag zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung interpretierten. Dabei setzten die Separatisten geschickt auf den Krieg der Bilder, die die tölpelhaft ohnmächtige Gewaltanwendung der guardia civil der spanischen Zentralregierung gegen die ach so armen Katalanen in den Fokus rückten. Tatsächlich geriet die

verschließt, mag behaupten, dass die völkischen Kontinuitätslinien in Westeuropa „harmlos“ seien: Grunert, Robert (2012): Autoritärer Staatenbund oder nationalsozialistischer Großraum? „Europa“ in der Ideenwelt faschistischer Bewegungen. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 9 (2012), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Grunert-3-2012>.

⁵⁰ Sommer, Theo (1993): Europa zwischen Mythen und Zeiten. <http://www.zeit.de/1993/01/europa-zwischen-mythen-und-zeiten/komplettansicht.01.01.1993>. Zeit Online Archiv.

Abstimmung zur Farce: Keine Klarheit über Abstimmungsmodi, keine Wählerlisten, keinerlei Kontrolle über Mehrfachabgabe der per Internet herunterladbaren Stimmzettel. Eine Minderheit, laut irregulärer, unkontrollierbarer purer Stimmzettelanzahl von 42,x %, bei mindestens 57% Wahlboykott/Enthaltung der in Katalonien lebenden „Katalanen“ beschwor im Herbst 2017 in purer Wahnvorstellung von Unterdrückung und Ausbeutung ohne Rücksicht auf Verluste einen Bürgerkrieg herauf. Der Druck von allen wichtigen Seiten war dann so groß, dass Regionalboss Puigdemont am 10.10.2017 einknickte, die Unabhängigkeit Kataloniens erklärte oder doch nicht erklärte, sie verschob, Gespräche einforderte – P. betrieb ein übles Verwirrspiel, welches zu dem Zeitpunkt weiter lief, als der vorliegende Text aufs Netz gestellt wurde. Die über Wochen zunehmend aufgeheizte Anhängerschaft war mehr als frustriert, nicht wenige junge Spielbeinkämpfer weinten. Die heldenhaften Freiheitskämpfer werden nie begreifen, dass zur Trennung wie zur Vereinigung von Teilstaaten der Souverän, also sämtliche Staatsbürger befragt werden müssten – auch wenn alle Beteiligten sowas nur nach eigener Machtabwägung handhaben. Soweit⁵¹ zu dem kleinen, in völkisch-europäische Alpträume abgleitenden Exkurs zur Entwicklung des Separatismus in Europa nach 1990 und der deutschen treibenden Rolle darin.

⁵¹ Dieser Text von Emil Neubauer ist Kapitel 27 von Teilband I/2 – Zur Kritik der Weltmachtspolitik der Berliner Republik seit 1989. Der Band ist Teil 2 der Reihe: Der hässliche Deutsche – Dritter Akt? Teilband I/1 trägt den Titel: – Kritik der deutschen Zustände und Ideologie. Erschienen im Januar 2015 bei BoD Norderstedt.